

Algeria-Watch

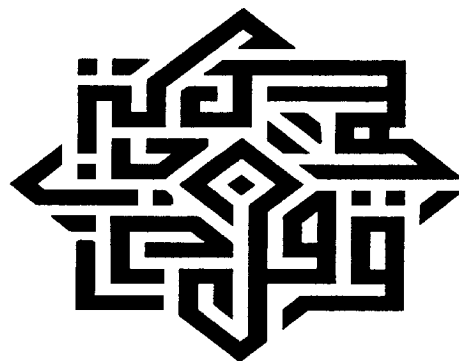
Infomappe 27

April 2004

Hinter den Kulissen der Wiederwahl von Bouteflika

Geheimdienst will Ex-Agent zum Schweigen bringen

Milizionäre bald vor Gericht in Frankreich?



*Postfach 360 164, 10997 Berlin
Fon+Fax: (089) 14 88 28 11 22
E-Mail: algeria-watch@gmx.net
Im Internet: www.algeria-watch.org*

Inhalt

I. Präsidentschaftswahlen vom 8. April 2004

- Die Wiederwahl Bouteflikas und was hinter den Kulissen geschah..... 3
- Réconciliation globale 6
- Präsident Algeriens wiedergewählt / Betrugsvorwürfe 7
- Betrug? Nicht nötig 7
- Ein unglaubliches Ergebnis 8
- Schaler Sieg 9
- Les coulisses de la réélection de Bouteflika 10
- L'armée accorde 83,5% des voix à Bouteflika..... 11

II. Enthüllungen

- Geheimdienst will Ex-Agent zum Schweigen bringen 13
- Un déserteur algérien a du mal à obtenir l'asile 16
- Geheimdienstler packen aus 17
- Der Mord an den Trappisten von Tibhirine 19

I. Menschenrechtsverletzungen

- Comment établir une commission nationale pour la vérité et la justice ? 22
- Voices of the Dead Echo Across Algeria 23
- La «sale guerre» algérienne rebondit en France 25
- The French connection 27
- More than one million internally displaced people ignored by the international community 31

Algeria-Watch e.V. dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in Algerien, setzt sich für algerische Flüchtlinge ein und engagiert sich für einen Dialogs zwischen den Konfliktparteien.

Algeria-Watch e.V. ist ein unabhängiger Verein und daher auf Spenden angewiesen. Wir sind dankbar für jede finanzielle Unterstützung. Spenden erbeten auf folgendes Konto:

Algeria-Watch e.V.
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
BLZ 100 205 00
Kontonummer 329 75 00

Algeria-Watch-Infomappe erscheint viermal jährlich; Einzelpreis: 2,50 Euro (+ Porto); Abo: 12,- Euro.

Postfach 360 164, 10997 Berlin

Fon+Fax: (089) 14 88 28 11 22

E-Mail: algeria-watch@gmx.net Im Internet: www.algeria-watch.org

Impressum Herausgeber: algeria-watch e.V. V.i.S.d.P.: B. Soor

Die Wiederwahl Bouteflikas und was hinter den Kulissen geschah: Ein Stück in vier Akten

Salima Mellah, Algeria-Watch, Mai 2004

9. April 2004 um 14 Uhr: Der algerische Innenminister Yazid Zerhouni gibt die Ergebnisse der am Vortag abgehaltenen Präsidentschaftswahlen bekannt. Abdelaziz Bouteflika ist der unumstrittene Sieger mit über 83 % der Stimmen (später wird die Zahl vom Verfassungsrat auf 85 % nach oben korrigiert). Sein Kontrahent Ali Benflis, der im Vorfeld der Wahlen als ernsthafter Rivale präsentiert wurde, erhielt nur 6,40 % der Stimmen. Die vier anderen Kandidaten erreichten noch geringere Prozentzahlen: Abdallah Djaballah: 5 %; Saïd Sadi: 1,94 %; Louiza Hanoune: 1 % und Fawzi Rebaine: 0,63 %.

Die Oppositionskandidaten Ali Benflis, Saïd Sadi und Abdallah Djaballah erhoben den Vorwurf, es sei zu massiven Wahlfälschungen gekommen. Doch keiner von ihnen konnte konkrete Belege für diese Behauptung vorlegen. Den Umfragen am Wahltag zufolge galt Bouteflika als Favorit. Der für den Abend angekündigte Straßenprotest im Fall eines Wahlbetrugs blieb mangels Beteiligung aus. Hinzu kommt, dass ausländische Beobachter erklärten, die Wahl sei „transparent“ und fälschungsfrei verlaufen, was auch viele algerische und ausländische Journalisten bestätigten. Weder die Wahlbeobachter der Parteien noch die Wähler klagten über ernsthafte Unregelmäßigkeiten. Und dem Verfassungsrat wurden verhältnismäßig wenige Beschwerden vorgelegt.

Kann daraus geschlossen werden, dass der Wahlprozess ordnungsgemäß und legal verlief?

Entgegen der Propaganda, der viele algerische Politiker und Beobachter, aber auch ausländische Diplomaten und Medien verfielen, war Ali Benflis nie eine wirkliche Herausforderung für Bouteflika, der sich einer Mehrheit der Stimmen sicher sein konnte. Fraglich war nur, wie hoch die Wahlbeteiligung und der Sieg Bouteflikas ausfallen würde. Erstere lag bei 58 %. Und dass 85 % der Wähler dem amtierenden Präsidenten ihre Stimme gaben, wunderte selbst dessen Anhänger.

Und dennoch sind sich die meisten kritischen Beobachter einig, dass dieses Ergebnis nicht wirklich die Realität abbildet. Manche Kommentatoren rätseln, wie diese „intelligente“ und „unsichtbare“ Fälschung organisiert werden konnte? In der Kategorie der Manipulationen bei der vorbereitenden Organisation der Wahl wird u. a. behauptet, dass die Zahl der Wahlberechtigten um 2 Millionen erhöht worden sei und dass etwa eine Million Wahlberechtigte, die als Flüchtlinge im Land leben, keinen offiziellen Wohnsitz haben und daher nicht wählen können, dennoch mitgezählt wurden. Diese Eingriffe sind für Außenstehende schwer nachprüfbar. In der Kategorie der politischen Manipulationen ist die Liste der Vorwürfe lang: der wichtigste Konkurrent Bouteflikas, Ahmed Taleb Ibrahimi, wurde mit einem schlecht inszenierten Kunstgriff nicht als Kandidat zugelassen; Bouteflika monopolisierte schon immer die staatlichen Medien und vor allem das Fernsehen; er startete seine Wahlkampagne Monate vor den anderen, indem er das gesamte Land bereiste und großzügig Milliarden von Dinaren verteilte, usw. Doch diese Faktoren allein erklären nicht den Sieg des als unpopulär präsentierten Präsidenten.

Djamel Zenati, ein Verantwortlicher der FFS (Sozialistische Partei, die zum Boykott der Wahl aufrief), analysiert die tieferliegende Ursache für diesen haushohen Sieg folgendermaßen: „Seit Jahren werden alle Techniken zur Manipulation der verschiedenen Formen gesellschaftlicher Repräsentation und zur Beeinflussung des Denkens angewendet. Das Ziel ist in den Köpfen die Idee einzupflanzen, dass das aktuelle System Schicksal ist, und jede Veränderung nur in eine ungewisse Zukunft führen kann. Die ganze Wahlkampagne von Bouteflika drehte sich um diese Achse. Er präsentiert sich als den Kandidaten der Kontinuität im Gegensatz zur Veränderung und suggeriert dabei eine doppelte Identifikation, nämlich Kontinuität - Stabilität versus Veränderung - Chaos. Einfach gesagt: Ich oder das Chaos. Das kommt einer Erpressung gleich. Es ist unbestreitbar, dass Bouteflika der Kandidat der Entscheider ist.“¹

In den letzten Wochen vor der Wahl bestätigte sich immer mehr, dass die Militärführung ihren Äußerungen zum Trotz zu einem Konsens gefunden hatte. Eine virtuos geführte Operation sollte die gesamte algerische und internationale Öffentlichkeit davon überzeugen, dass die Armee sich vollstän-

¹ Djamel Zenati, Le Matin, 5. Mai 2004

dig aus den Regierungsgeschäften zurückgezogen und die politische Klasse sich selbst überlassen habe. Das geschickt ausgeklügelte Szenario hatte vier Akte:

Erster Akt: Machtkampf zwischen Bouteflika und den „Putschisten“

Die verbalen Seitenhiebe Bouteflikas in Menschenrechtsfragen wurden als Drohgebärden gegenüber den „Putschisten“ interpretiert. Jahrelang wurde die Öffentlichkeit mit dem angeblichen oder auch realen Machtkampf zwischen dem Präsidenten und der Armeeführung in Atem gehalten.² Obwohl die gesamte politische Klasse sich für die Politik der „zivilen Eintracht“, die einer Amnestierung kollaborierender Mitglieder von bewaffneten Gruppen und eingeschleusten Geheimdienstagenten gleichkam, ausgesprochen hatte, beschuldigte ihn eine Fraktion, mit den Islamisten zu paktieren und den Terrorismus zu fördern. Dabei übernahm Bouteflika lediglich die politische Verantwortung für eine Maßnahme, die der Geheimdienst eingeleitet und durchgeführt hatte. Die Umsetzung der „zivilen Eintracht“ oblag stets dem Sicherheitsdienst. Bouteflika selbst hat den Islamisten gegenüber kein konkretes Entgegenkommen gezeigt, wenn seine eigentlichen Chefs dies nicht wünschten. So erhielten z.B. Abassi Madani und Ali Benhadj keinen Straferlass. Sie wurden erst nach Ablauf der vollen Strafe von zwölf Jahren im Sommer 2003 freigelassen und unterliegen seither sehr strengen Auflagen, die sie daran hindern, sich politisch zu äußern und zu betätigen.

Hinter diesem Machtkampf verbarg sich das Vorhaben, das Regime zu erhalten und international wieder salonfähig zu machen. Dies gelang Bouteflika. Nach außen begann einige Monate nach Amtsantritt von Bouteflika im April 1999 eine heftige Medienkampagne einiger privater Zeitungen gegen ihn und riss seitdem nicht ab. Alles Übel in Algerien wurde ihm angelastet. Dies ließ die Jahre des Staatsterrors mit Zehntausenden von Toten und Verschwundenen in den Hintergrund rücken. Bouteflikas Aufgabe war es, dem blutigen „Jahrzehnt der Neunziger“ einen Schleier der Verleugnung überzuziehen.

Zweiter Akt: Das plötzliche Auftauchen von Bouteflikas Rivale

Während der Machtkampf zwischen den Clans auf seinem Höhepunkt zu sein schien, erklärte Ali Benflis, der die Wahlkampagne von Bouteflika 1999 geleitet hatte und sein Regierungschef wurde, er wolle bei der nächsten Präsidentschaftswahl kandidieren. Bouteflika setzte ihn im Mai 2003 ab, und seitdem wurde Benflis als potentieller Rivale von Bouteflika präsentiert. Er soll von General Mohamed Lamari angespornt worden sein. Dieser soll auch Saïd Sadi überzeugt haben, sich mit Benflis zu verbünden.³ Aber nicht nur diese beiden Kandidaten glaubten an einen Sieg. Ein Großteil der privaten Presse und viele ausländische Diplomaten waren bis zur Ankündigung der Wahlergebnisse felsenfest davon überzeugt, dass Ali Benflis der eigentliche Sieger sein werde, weil Bouteflika so verhasst sei.

Die Wahlkampagne wurde im Sommer 2003 mit einem Pamphlet⁴ aus der Feder des ehemaligen Verteidigungsministers General AD Khaled Nezzar eröffnet. Er zog eine äußerst negative Bilanz der Amtszeit Bouteflikas und suggerierte damit, dass die Armeeführung sich gegen ihren ehemaligen Kandidaten positioniert habe und ihn keinesfalls als zukünftigen Präsidenten favorisieren würde.

Dritter Akt: Der Rückzug der Armee

Die Täuschung war demzufolge doppelt. Der Teil der politischen Klasse, der glaubte, die eigentlichen Entscheider hätten ihren Anwärter in Benflis gefunden, kolportierte die Botschaft, dass die Armee sich neutral verhalten würde. Monatelang wurde der skeptischen Öffentlichkeit eingehämmert, dass die „Putschisten“ eine Normalisierung und Demokratisierung auch des politischen Lebens anstrebten. Hatte nicht der Oberbefehlshaber Mohamed Lamari höchstpersönlich im Juni 2003 erklärt, er würde jeden gewählten Kandidaten akzeptieren, sei er auch ein Islamist? In den folgenden Monaten ergriff er mehrmals öffentlich das Wort, um diese Haltung zu bestätigen. Die zahlreichen Aufforderungen an Verantwortliche der Armee, Bouteflika in seiner vorzeitigen Wahlkampagne zu stoppen, blieben erfolglos, so dass ihre vorgebliche Neutralität immer mehr akzeptiert wurde. Je näher die Wahlen heranrückten, desto mehr sahen die „potentiellen“ Gewinner der Wahl sich in der Rolle, einem unpopulären Bouteflika eine schmerzhaft Niederlage beizubringen.

² In Wirklichkeit sind die Auseinandersetzungen komplexer, da die rivalisierenden Klans quer durch die Gruppe der „Putschisten“ verlaufen und die Frage nicht etwa die ist, ob Bouteflika sich gegenüber den Militärs durchsetzt, sondern ob er als Kandidat von einem Clan durchgesetzt wird.

³ Le Figaro, 20. April 2004.

⁴ Khaled Nezzar, Bouteflika, l'homme et son bilan, Alger, 2003.

Vierter Akt: Bouteflika ist der geheime Kandidat der Armee

Wenige Monate vor dem entscheidenden Tag müssen sich die „Putschisten“ und Bouteflika auf dessen Kandidatur geeinigt haben. Die klassischen zivilen Sprachrohre der „Entscheider“, Ahmed Ouyahia, Regierungschef und Vorsitzender der RND, aber auch die Partei MSP (Hamas) und die mächtige Gewerkschaft UGTA machten keinen Hehl aus ihrer Unterstützung für den geheimen Armeekandidaten. Und nach und nach gesellten sich immer mehr gesellschaftliche Organisationen, Politiker und Zeitungen zum „Klan des Präsidenten“. Allerdings wurde weiterhin vehement von einem echten Wettstreit zwischen Bouteflika und Benflis gesprochen. Viele Kommentatoren sprachen von einem zweiten Wahlgang, den Bouteflika mit Sicherheit nicht gewinnen könne, da sich die gesamte Opposition für Benflis einsetzen würde. Manche verbreiteten sogar die Vorstellung, dass Benflis sich des Sieges im ersten Wahlgang sicher sein könne.

Die Manipulation erstreckte sich aber noch weiter: In den Wochen vor der Wahl wurden die europäischen Vertretungen davon überzeugt, dass eine Wiederwahl des Präsidenten unmöglich sei. Abgesandte aus „gut informierten Militärkreisen“ verbreiteten verschiedene Szenarien, die alle mit einer Niederlage von Bouteflika enden mussten. Noch am Wahltag selbst prognostizierten manche Diplomaten einen Sieg Benflis' durch den Eingriff der Armee, welche die „faulen Kompromisse von Bouteflika mit den Islamisten“ nicht zulassen könne.

Benflis glaubte bis zuletzt, die Rückendeckung der „Entscheider“ zu genießen. Er soll am Vorabend der Wahl noch von General Lamari empfangen worden sein, der ihm seinen bevorstehenden Sieg bestätigte. Benflis fühlte sich so sicher, dass er glaubte, im Fall einer Niederlage mit dem Zuspruch der Armeeführung den Protest gegen die Wahlfälschung auf die Strasse tragen zu können. Noch Wahlabend verstanden die Gegenkandidaten die Täuschung nicht und bereiteten eine Demonstration vor. Ein Vertreter der Armee musste ihnen davon abraten. Zum wiederholten Male hat ein Großteil der algerischen politischen Klasse bewiesen, dass sie einzig als Marionette der „Putschisten“ agieren kann.

Warum diese Inszenierung?

Eines der wichtigsten Anliegen der „Putschisten“ ist die Sicherung ihrer Straflosigkeit für die von ihnen begangenen Verbrechen. Mit der 1999 ausgerufenen Politik der „zivilen Eintracht“, die Männer aus bewaffneten Verbänden - ob Kämpfer oder eingeschleuste Agenten - rehabilitierte, wurde ein Schritt zur Konsolidierung des Regimes vollzogen. Doch wie das immer weiter schwelende Leid des „Verschwindenlassens“ zeigt, bleibt die Menschenrechtsfrage eines der Haupthindernisse auf dem Weg der politischen wie gesellschaftlichen „Befriedung“.

Bouteflika hat in diesem Zusammenhang bislang seine Aufgabe zufriedenstellend erfüllt: Heute wird von den Menschenrechtsverletzungen in der Vergangenheitsform gesprochen - ungeachtet der bis heute stattfindenden Folterungen und Massaker. Die Ursachen für Hunderttausende von Opfern werden auf das "Terrorismusproblem" reduziert. Und wenn nicht die Proteste der Familien der Verschwundenen daran erinnern würden, dass Staatsbeamte massive Verbrechen verübt haben, würden alle Verbrechen ausschließlich den Islamisten angelastet werden. Diesem Zweck dienen auch die Berichte über die noch existierenden bewaffneten Gruppen. Auf der einen Seite wird ihre Schlagkraft übertrieben, auf der anderen Seite behaupten die algerischen Medien, ihre Mitglieder würden sich den Behörden stellen. Auch dies ist Teil einer Manipulation der Öffentlichkeit mit dem Ziel, sie glauben zu machen, dass das Terrorismusproblem ein internationales sei ("Verbindungen zu al-Qaida"), aber in Algerien dank der fortbestehenden Politik der Versöhnung im Verschwinden begriffen sei.

Die Frage nach den Verantwortlichen für die Massaker und extralegalen Tötungen, denen Zehntausende zum Opfer fielen und die bis heute, wenn auch in einem sehr reduzierteren Maße, verübt werden, darf nicht öffentlich erörtert werden. Um jedoch die De-facto-Straflosigkeit fest zu verankern, wird immer lauter über eine „nationale Versöhnung“, gar eine „globale Versöhnung“ und eine „Amnestie“ diskutiert. Verschiedene Artefakte zur Überwindung und Ausblendung der Forderung nach Wahrheit und Gerechtigkeit im Zusammenhang mit dem „Erbe“ der Verschwundenen werden durchgespielt, in der Hoffnung, die Familien der Verschwundenen zermürben zu können.

In der Perspektive, einen Schlusstrich unter das sogenannte „schwarze Jahrzehnt“ ziehen zu können, erhält Bouteflika die Rolle des Friedenstifters. Allerdings musste er von dem Makel befreit werden, als Mann des Militärs zu gelten. Die Inszenierung einer wahrhaft freien und transparenten Wahl ohne jede Intervention des Militärs diene allein diesem Zweck.

Réconciliation globale

Par Fayçal Métaoui, El Watan, 10 mai 2004

Une campagne non officielle pour «une réconciliation globale» est lancée depuis quelques jours. Abdelaziz Bouteflika, qui a succédé à lui-même à la Présidence de la République, en fait un projet aux contours politiques flous. Un projet «prioritaire».

«Opter pour la réconciliation globale en tant que choix incontournable pour mettre à profit les enseignements du passé en vue de mieux entrevoir l'avenir, briser les tabous, avec perspicacité et discernement, et assumer les responsabilités en acceptant la critique sont nos enjeux majeurs pour garantir une vie digne et juste, loin de toute forme d'exclusion et d'extrémisme», a déclaré Bouteflika à la faveur de la commémoration des événements tragiques du 8 Mai 1945. En matière sémantique, l'évolution est évidente. L'on est passé de la concorde civile, à la concorde nationale, à la réconciliation nationale et, enfin, à la réconciliation globale. Cette «évolution» n'est portée que par le discours. Un discours répétitif. Pas d'actes ni de décisions. Les Algériens, à qui il est demandé de «changer de mentalité», ne savent rien de ce que veut faire le président de la République à l'avenir.

Lancer l'idée de «la réconciliation globale» à l'occasion d'un événement historique permet toutes les lectures : Bouteflika veut-il que les Algériens pardonnent à des hommes qui ont eu des comportements hostiles à la libération de l'Algérie ? A l'engagement des cadres et des militants du FLN de 1954 ? Si tel est le cas, qui sera concerné : les militants du MNA ? les harkis ? les faux moudjahidine ? A plusieurs reprises, et depuis 1999, Bouteflika n'a eu de cesse d'appeler à effacer les «séquelles» du passé. La manière reste à imaginer. S'il demeure contre l'«amnistie générale», qui sur le plan constitutionnel relève du Parlement, Bouteflika entend faire réussir la «réconciliation globale». Or, tout le problème est de savoir si cette nouvelle «forme» de réconciliation n'est pas une variante de l'«amnistie».

La concorde civile, portée par la loi du 13 juillet 2000, le décret portant «grâce amnistiante», un texte mutant qui ne se base sur aucun appui constitutionnel, ont été mis en application sans que le recours à la justice soit établi. Des activistes de l'AIS, et éventuellement d'autres groupes clandestins, ont déposé les armes et ont intégré la société. Aucun n'a été traduit en justice pour des crimes multiples. Bouteflika avait pourtant promis, lors de la campagne pour la présidentielle de 1999, que «les mains tachées de sang» ne pouvaient pas bénéficier du pardon. A ce jour, la communauté nationale ignore la teneur de l'accord passé entre les officiers du DRS (ex-Sécurité militaire) et des chefs de l'AIS en 1997. Les Algériens ne savent pas également le nombre des éléments des groupes armés ayant quitté le maquis. Ni l'importance de l'arsenal et de l'argent récupérés. Rien. Opacité totale. Les commissions de probation, qui relevaient du ministère de la Justice, ont travaillé loin du contrôle populaire. Ministre de la Justice, Ahmed Ouyahia, actuel chef du gouvernement, a été à maintes reprises interpellé sur cette question. Il n'a jamais répondu. Défendue par Bouteflika, la concorde civile souffre de deux tares : pas de vérité, pas de justice. Un processus de réconciliation de ce genre les standards internationaux sont clairs là dessus ne peut pas être pris en sérieux. Même si la situation s'est nettement améliorée sur le plan sécuritaire. Des noms de chefs terroristes ont disparu, comme par hasard, de la circulation, à l'image du célèbre Hassan Hattab dont le sort ressemble à celui de Ben Laden. Qui peut savoir aujourd'hui où est Hassan Hattab ? Abderrezak El Para, lui, et depuis qu'il a jeté son dévolu sur les contrées africaines, connaît un sort curieux : le matin, il est vivant, le soir, il est mort. Aux dernières nouvelles, il serait capturé par un groupe armé quelque part au Tchad. Hattab et El Para sont-ils concernés par la réconciliation globale ? Celle-ci va-t-elle se limiter d'effacer uniquement des crimes de nature terroriste ? Ou est-elle extensible à d'autres aspects ? Puisque «pardonner» à tout le monde semble être à la mode, pourquoi ne pas vider les prisons et se débarrasser ainsi des grâces présidentielles par petites doses accordées aux détenus ? Pourquoi pas, au train où vont les choses. Il y a aussi cette crainte que tout ce projet porte d'autres visées. Des exemples ? Effacer les dettes des hommes d'affaires et procéder à de larges amnisties fiscales, «enterrer» le dossier des disparitions forcées et décharger les juges des dossiers encombrants de corruption qui dorment dans les tribunaux. Sous couvert de défendre la paix, n'est-on pas en train de faire le lit à l'impunité générale ? Tant que le chef de l'Etat ne clarifie pas son projet de «réconciliation globale» et les mesures qui vont l'accompagner, toutes les lectures sont permises.

Bouteflika triumphiert

Präsident Algeriens wiedergewählt / Betrugsvorwürfe

Frankfurter Rundschau, 10. April 2004

Der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika ist mit großer Mehrheit bereits im ersten Wahlgang wiedergewählt worden. Die Opposition warf Bouteflika Wahlbetrug vor.

Algier · 9. April · rtr/dpa · Der 67-jährige Bouteflika erhielt 83,49 Prozent der Stimmen, teilte das Innenministerium am Freitag mit. Sein stärkster Herausforderer, der ehemalige Ministerpräsident Ali Benflis, erhielt 7,93 Prozent. 1999 war Bouteflika mit 74 Prozent gewählt worden. Am Vorabend dieser Wahl hatten allerdings alle übrigen Bewerber ihre Kandidatur zurückgezogen, weil die Abstimmung manipuliert worden sei.

Benflis und mehrere andere der insgesamt fünf Konkurrenten der Wahl vom Donnerstag sprachen von einem massiven Wahlbetrug. Im Zentrum Algiers kam es in der Nacht nach der Bekanntgabe der ersten Auszählungen zu Auseinandersetzungen zwischen Benflis-Anhängern und der Polizei. Benflis behauptet, entgegen den Angaben der Regierung werde nach seinen Informationen eine Stichwahl notwendig sein. Zu dieser wäre es gekommen, wenn kein Kandidat die 50-Prozent-Hürde übersprungen hätte. Benflis war bis zum vergangenen Jahr Ministerpräsident unter Bouteflika, wurde dann aber von dem Präsidenten entlassen. Bouteflika wird von vielen Algeriern zugute gehalten, die Gewalt in dem nordafrikanischen Land eingedämmt zu haben.

Betrug? Nicht nötig

Algeriens Präsident Bouteflika genehmigte eine halbwegs faire Wahl - und gewann

VON Axel Veil (Madrid)

Als Algeriens Innenminister am Freitagmittag den Wahlsieg des Präsidenten Abdelaziz Bouteflika bekannt gibt, trauen die Zuhörer ihren Ohren nicht. Nach den Worten Nourredine Zerhounis haben die Algerier dem umstrittenen, von fünf Rivalen herausgeforderten Staatschef nicht etwa nur den allseits erwarteten knappen Vorsprung beschert. Sie haben ihm auch nicht nur die Stichwahl gegen den Zweitplatzierten erspart, indem sie für einen Stimmenanteil von mehr als 50 Prozent sorgten. Was der Minister und Bouteflika-Vertraute da verkündet, ist ein Erdrutschsieg.

Als Kandidat des Militärs hatte Bouteflika 1999 noch 73 Prozent der Stimmen bekommen, nachdem zuvor alle anderen Kandidaten Wahlbetrug beklagt und sich zurückgezogen hatten. Diesmal liegt er dem offiziellen Auszählungsergebnis zufolge bei 83 Prozent. Weit abgeschlagen folgen mit acht Prozent der bei den Parlaments- und Regionalwahlen noch so erfolgreiche, reformfreundige Ex-Premier Ali Benflis und mit knapp fünf Prozent der Islamist Abdallah Djeballah.

Belohnung oder Betrug?

War das so eindeutige Votum für Bouteflika der Lohn dafür, dass der 67-Jährige mit einer Mischung aus Amnestiegesetzen und entschlossener militärischer Gegenwehr die Gewalt eingedämmt und den Maghrebstaat aus der internationalen Isolation geführt hat? Mehr als 120 000 Menschen waren zwischen 1992 und 2002 bei Anschlägen und Massakern islamistischer Gewalttäter, aber auch im Antiterrorfeldzug der Armee ums Leben gekommen. Im vergangenen Monat waren nicht mehr hunderte, sondern 54 Tote zu beklagen. Oder steckt hinter den 83 Prozent für den Amtsinhaber bei einer Wahlbeteiligung von offiziell 58 Prozent Betrug, wie dies die Unterlegenen behaupten? Von verbrannten Stimmzetteln berichten sie, von drangsalierten Wahlbeobachtern und gesperrten Zufahrten zu den Wahllokalen, ohne freilich Beweise vorzulegen.

Nährboden für Unruhen

Man hätte die Verkündung eines solchen Resultats eigentlich mit lautem Lachen quittieren müssen, findet Soufiane Djilali, ein Sprecher von Ali Benflis. Aber angesichts der Zukunft des Landes sei einem eher zum Weinen zumute. Dass in dem mit Devisenreserven, Öl- und Gasreichtum gesegneten Land mehr als die Hälfte der erwerbsfähigen Männer und Frauen unter 30 Jahren keine Arbeit haben, einer Altersgruppe, die 75 Prozent der Bevölkerung stellt, kann der Grund des grandiosen Bouteflika-Sieges auf alle Fälle nicht gewesen sein.

Fest steht zunächst nur, dass Freund und Feind vom Wahlergebnis überrascht wurden. Während die Anhänger Bouteflikas hupend durch Algier fahren und Fahnen sowie überlebensgroße Fotos des Siegers schwenken, lassen die Mitstreiter der unterlegenen Rivalen ihrer Enttäuschung und ihrem Zorn freien Lauf. Die im Vorfeld empfundene Genugtuung, dass erstmals seit Beginn des 1989 eingeführten Mehrparteiensystems der Sieger einer Präsidentschaftswahl nicht von vornherein festzustehen schien, ist der Verbitterung gewichen.

Noch in der Nacht zum Freitag hatte Benflis angekündigt, das Volk auf die Straße zu rufen, sollte sich bestätigen, dass Wahlbetrug im Spiel sei. Falls der Generalsekretär der früheren Einheitspartei Nationale Befreiungsfront (FLN) seine Drohung wahr macht, stünde Bouteflika womöglich gleich zu Beginn seiner zweiten Amtszeit vor großen Herausforderungen. Arbeitslosigkeit, Armut, Wohnungsnot und Korruption könnten sich als idealer Nährboden für soziale Unruhen erweisen. Der ungelöste Konflikt mit den Berbern der Kabylei, die auf Achtung ihrer kulturellen Besonderheiten pochen, birgt weiteren Zündstoff.

Auch die Opposition muss freilich einräumen, dass die Präsidentschaftswahlen vom Donnerstag freier und fairer waren als alle vorangegangenen. Erstmals in der Geschichte des 1962 unabhängig gewordenen Landes haben die als wahre Machthaber geltenden Militärs nicht in der Abgeschiedenheit der Kasernen ihre Stimmen abgegeben, sondern in Wahllokalen. Mehr als 120 Beobachter, vornehmlich aus afrikanischen Ländern und dem Nahen Osten, wachten über die Stimmabgabe. Aber auch die Oppositionsparteien konnten Beobachter schicken.

Auf einem anderen Blatt steht, dass der Amtsinhaber in wenig demokratischer Attitüde seit Monaten seine Wiederwahl betrieb. Vor einem Jahr hatte Bouteflika den damaligen Premier Benflis entlassen, nachdem dieser zum Rivalen geworden war. Später bediente sich der Staatschef dann recht ungehört der Hilfe der öffentlichen Medien, der Justiz und der Verwaltung.

Vom Geächteten zum Verbündeten

Im Ausland dürfte der Sieg Bouteflikas gleichwohl Zufriedenheit auslösen. Zumal die USA, die Algerien im Kampf gegen den Terrorismus eine Schlüsselrolle einräumen, können zufrieden sein. Amerikanische und britische Erdöl- und Erdgasunternehmen haben sich gegen ausländische Konkurrenz durchgesetzt und rangieren hinter dem staatlichen Energiekonzern Sonatrach auf Platz zwei. Auch die militärische Zusammenarbeit macht Fortschritte. Im Einvernehmen mit Bouteflika will Washington Ausbilder und Waffen in den Maghrebstaat schicken, der wegen Menschenrechtsverletzungen lange Zeit geächtet war.

WAHLEN IN ALGERIEN: VON DEMOKRATIE KANN KEINE REDE SEIN

Ein unglaubliches Ergebnis

Reiner Wandler, TAZ, 10. April 2004

Wer zu viele in die Urnen greifen lässt, läuft Gefahr, dass der Wahlbetrug zu offensichtlich wird. Dies passierte jetzt dem algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika. Er wurde mit knapp 84 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Der bestplatzierte Herausforderer Ali Benflis erhielt nur 8 Prozent. Zu Recht glaubt niemand dieses Ergebnis. Denn Bouteflika erzielte jetzt sogar noch 10 Prozent mehr als vor fünf Jahren, als sich alle Herausforderer aus Protest gegen Betrügereien am Abend vor dem Urnengang zurückgezogen hatten und ihre Wahlzettel nicht mehr vollständig eingezogen werden konnten.

Abdelaziz Bouteflika war einst angetreten, um Algerien zu befrieden und zu erneuern. Heute ist zwar die Gewalt in Algerien zurückgegangen, doch von Demokratie kann keine Rede sein. Der Präsident lässt die unabhängige Presse des Landes verfolgen, das politische Leben ist fast vollständig zum Erliegen gebracht, das Parlament spielt kaum noch eine Rolle, die Opposition ist weitgehend ausgeschaltet. Als sich die ehemalige Einheitspartei FLN weigerte, den amtierenden Präsidenten als ihren Kandidaten zu nominieren und stattdessen ihren Generalsekretär Ali Benflis ins Rennen schickte, wurde die Parteiaktivitäten vom Gericht untersagt.

Seit dem Zusammenbruch des Einparteiensystems Ende der 80er-Jahre hat niemand mehr so tief in die Trickkiste des Wahlbetruges gegriffen wie jetzt die Verwaltung unter Bouteflika - und das zu einem Zeitpunkt, wo die Bürger erstmals eine wirklich freie Wahl ohne vorher bekannten Ausgang erwarteten. Die Enttäuschung über die Wahl kann nun schnell zum Nährboden für immer neue Rebellionen werden. Die Berberregion Kabylei ist seit mehreren Jahren außer Kontrolle; bei einer politisch und wirtschaftlich gleichermaßen desolaten Situation springt der Funke des Protests immer wieder auch in andere Regionen über. In einem Land ohne starke politische Opposition ist dies mehr als gefährlich. Denn viele könnten ihre Hoffnung einmal mehr in radikalen Lösungen setzen. Wohin das führt, dafür ist Algerien eines der traurigsten Beispiele. "

Schaler Sieg

Es hätte eine Premiere werden können: Wenn Abdelaziz Bouteflika sich einem kompetenten Rivalen in einer Stichwahl hätte stellen müssen, dann hätte die Bestätigung für eine zweite Amtszeit als Präsident Algeriens oder auch die eventuelle Ablösung ein Beispiel von Demokratie in die ganze arabische Welt gebracht.

Von Rudolph Chimelli , Süddeutsche Zeitung, 10. April 2004

Besonders für die Nachbarn, das autoritär regierte Tunesien und die fast absolute Monarchie Marokko, hätte Ansteckungsgefahr bestanden. Aber nicht nur für sie.

Bouteflikas Wiederwahl mit 83 Prozent weckt dagegen ein schales Gefühl. Auch wenn sich der Schwindel nicht beweisen lässt, von dem die geschlagenen Widersacher sprechen, auch wenn Journalisten und andere Beobachter den Eindruck hatten, dass in den Stimmlökalen alles mit rechten Dingen zugeht – es bleibt als Fazit, dass sich in dem Land nichts geändert hat, weder die Personen des algerischen Trauerspiels noch die Machtverhältnisse. Ein Sieg mit Ostblock-Prozentzahlen passt nicht zu einem aufblühenden Pluralismus. Weniger wäre mehr gewesen.

Während des Wahlkampfes hatte Bouteflika kritische Journalisten als „Söldner der Feder“ getadelt. Algeriens unabhängige Presse ist eine tragende Säule der entstehenden Demokratie. Nun fürchten unbotmäßige Zeitungen die Schikanen und die Rache der Nomenklatura, die sich durch den Sieg des Präsidenten bestätigt fühlt.

Zu Bouteflikas Plänen gehört eine Verfassungsreform. Sie soll vor allem seine Stellung stärken, unter anderem durch die Abschaffung des Amtes des Premierministers. Ali Benfliz, der geschlagene Rivale Bouteflikas, hatte sich schließlich als Regierungschef profilieren können.

Les coulisses de la réélection de Bouteflika

Arezki Ait-Larbi, *Le Figaro*, mardi 20 avril 2004

Le chef du gouvernement algérien Ahmed Ouyahia a été reconduit dans ses fonctions hier, peu après avoir présenté sa démission au président Abdelaziz Bouteflika. Celui-ci avait prêté serment dans la matinée pour un second quinquennat après sa réélection avec 85 % des voix, le 8 avril. Dans l'immense salle du Palais des Nations, M. Bouteflika a appelé à « la poursuite du dialogue » pour résoudre la crise en Kabylie « Je suis certain qu'une solution acceptable sera trouvée », a-t-il affirmé en appelant à « la poursuite du dialogue » entre le gouvernement et les âarchs (tribus kabyles), interrompu en février dernier.

Après la victoire d'Abdelaziz Bouteflika, les Algériens s'interrogent sur les dessous de l'intox qui a précédé le scrutin, annonçant la victoire de son principal adversaire, Ali Benflis, à l'issue d'un inévitable second tour. D'abord chuchoté avec crainte, le nom du général Toufik Médiène, patron du puissant département du Renseignement et de la Sécurité (DRS, services secrets) est publiquement dénoncé comme le metteur en scène de cette hallucination collective.

« Bravo Toufik, pour avoir manipulé autant d'intellectuels et d'hommes politiques ! » ironisait la semaine dernière Djoudi Mammeri. Ce responsable du Front des forces socialistes a révélé que le chef du DRS avait contacté secrètement l'opposant Hocine Aït-Ahmed, pour le convaincre de cautionner le scrutin ; avant de se rétracter dans un démenti du ministère de la Défense.

A l'origine de ce « coup » sans précédent, un brûlot publié, l'été 2003, par le général Khaled Nezzar contre Abdelaziz Bouteflika. L'ancien ministre de la Défense aujourd'hui à la retraite est considéré, à tort ou à raison, comme le porte-parole officieux de l'armée. Dans son pamphlet, il traitait le président de tous les noms et jurait qu'il n'obtiendrait pas un second mandat.

Pour nombre d'analystes, cette charge, soutenue par une escouade d'officiers à la retraite, est un tir de sommation commandité par l'état-major. Dopés par les assurances des décideurs, « honorables correspondants » et animateurs de la « société civile » prennent le relais pour accréditer la thèse d'un « Bouteflika lâché par l'armée ».

Le bras de fer entre le président et l'état-major commence au cours de l'été 1999. Dès son investiture, Abdelaziz Bouteflika veut mettre au pas les généraux, qui refusent de se prosterner devant celui qu'ils ont fait roi. Se succèdent alors une série noire de coups tordus ; la crise de Kabylie, avec plus d'une centaine de personnes tuées par les forces de l'ordre, est le plus tragique des dégâts collatéraux.

Au plus fort de cette lutte sourde au sommet de l'Etat, le premier ministre Ali Benflis se découvre une envergure de présidentiable. Il est limogé par le chef de l'Etat. « C'est le général Mohamed Lamari, chef d'état-major, qui a encouragé Ali Benflis à se lancer dans la course, révèle un membre influent de son directoire de campagne. C'est le patron de l'armée aussi qui a convaincu Saïd Sadi, le leader du RCD, de s'allier avec lui pour un ticket gagnant. »

Ali Benflis, présenté comme le poulain de l'armée, attire dans son giron les inévitables apparatchiks habitués à voler au secours de victoires annoncées. Mais aussi des adversaires déclarés de Bouteflika décidés à barrer la route au « dictateur ».

Fin 2003, c'est l'armistice. Après de longues négociations, un deal entre le président et les généraux signe la fin des hostilités et balise la cohabitation, dont le bail est prolongé de cinq ans. En dépit des apparences et des professions de foi sur la « neutralité » de l'armée, Abdelaziz Bouteflika est, une nouvelle fois, dans la posture du sauveur d'un « régime en fin de parcours ». Dans le sérail, seuls quelques initiés sont informés du « bon choix » des militaires. Comme le premier ministre Ahmed Ouyahia, réputé proche des « décideurs ». Son parti, le Rassemblement national démocratique, exhorte le chef de l'Etat à briguer un second mandat. Les islamistes « modérés » du Hamas, puis l'UGTA, la puissante centrale syndicale, lui emboîtent le pas. Le FLN, l'ex-parti unique majoritaire au Parlement, est déstabilisé ; un clan se rebelle contre Ali Benflis et rejoint le camp du « futur vainqueur ».

Pour conforter la légitimité d'une victoire annoncée dès le premier tour, l'intox des « officiers traitants » continue de brouiller les cartes. Dans les salons branchés de la capitale, le mythe des « généraux républicains qui vont sauver le pays des griffes du président, vendu aux islamistes du FIS » revient à la mode. Une manipulation au second degré qui encourage chroniqueurs sans talent et politiques sans troupes à voler dans les plumes du « tyran ». « Cette fois, le scrutin sera régulier et transparent. Je jure par Dieu que Bouteflika ne passera pas ! », claironne le laïque Saïd Sadi, durant la campagne électorale. Même lorsque le président avoue, lors d'un meeting électoral : « Je suis candidat au nom de l'armée », il est traité de « menteur, qui a usurpé le soutien de décideurs ».

A quelques semaines du scrutin, des missionnaires assiègent les ambassades occidentales. Se revendiquant des confidences de « personnalités militaires très haut placées », ils vont inlassablement répéter le même scénario : « Acculé par les urnes à un second tour, Bouteflika finira par jeter l'éponge. S'il résiste, il sera contraint, par la rue, à abandonner la partie. » Un mélange de légalité et de conspiration d'autant plus crédible qu'il rappelle les élections avortées de décembre 1991.

« La veille du scrutin, Ali Benflis était reçu par le général Lamari, chef d'état-major, qui l'avait rassuré quant à sa victoire. Finalement, nous avons été dupés ! », révèle, amer, un proche du candidat malheureux. Le soir du 8 avril, alors que la victoire d'Abdelaziz Bouteflika ne faisait plus de doute, Ali Benflis, Saïd Sadi et Abdellah Djaballah préparent la riposte. Mais il est déjà trop tard. « Un émissaire de l'état-major est venu pour les dissuader fermement de tout recours à la rue », révèle un responsable du RCD. Ce sentiment « d'avoir été dupés par les « gardiens de la République » est partagé par tous ceux qui avaient parié sur l'armée pour battre Abdelaziz Bouteflika. Mohamed Benchicou, le directeur du quotidien Le Matin qui a traqué durant cinq ans les frasques du clan présidentiel, conclut avec lucidité : « Nous venons, en réalité, de briser une double innocence, tenace, perfide même : celle de croire que l'armée, comme l'Occident, est l'exécutante de nos caprices démocratiques. »

L'armée accorde 83,5% des voix à Bouteflika

Amertume et inquiétude dans le camp d'Ali Benflis, candidat du FLN, qui était également persuadé de bénéficier du soutien des généraux.

Par Florence Aubenas, Alger envoyée spéciale, Libération, 10 avril 2004

Il est 10 heures vendredi et les cadres du FLN qui grimpent l'escalier du siège de l'ex-parti unique, à Alger, ont la gueule retournée des mauvais lendemains électoraux. Aucun résultat officiel mais la rumeur circule : Bouteflika aurait été réélu. Mohammed Allallou n'en revient toujours pas. Il y a vingt-quatre heures, cet ancien ministre des Sports était persuadé qu'Ali Benflis, ex-chef de gouvernement de Bouteflika, l'emporterait. Allallou n'était pas le seul. Une partie de la classe politique, des hommes de presse, des hauts fonctionnaires, bref de ceux qu'on appelle ici « l'élite », jurait la veille encore de la victoire de Benflis. Dans ce pays où c'est la haute hiérarchie militaire qui fait et défait les présidents, des « assurances avaient été données que nous pouvions y aller », assure un cadre du FLN. Allallou : « Ils nous ont roulés. »

A l'état-major de Benflis, la télé est branchée sur l'annonce des résultats. Le ministre de l'Intérieur, Yazid Zerhouni, fait durer le suspense. Dans l'assistance, un cadre du FLN veut encore y croire. Calme sa voisine : « On aura au moins un deuxième tour. » ça y est, ça tombe. Bouteflika : 83,7 %. Pas un mot. Puis on parle de fraude massive. De recours à déposer. « C'est l'humiliation. »

Brouhaha de panique. A toute élection, n'importe quel gamin peut désigner les yeux fermés les candidats chargés de faire de la figuration et celui que les décideurs militaires ont adoubé. Or, pour la première fois, « le système avait aligné deux chevaux, Bouteflika et Benflis, explique un fin connaisseur du sérail. Chacun était persuadé d'être l'élu des militaires. » La campagne s'est, du coup, déchaînée, en pamphlets, en écrits, déchirant un milieu jusque-là soudé par ses privilèges et sa proximité du pouvoir. Vendredi, chez les perdants, on sentait monter les premiers regrets. Un brouhaha de panique chez ces habitués aux bonnes grâces. « La vengeance de Bouteflika va être terrible, dit un cadre. Je vais

peut-être aller quelques mois me faire oublier à Paris.» Depuis six mois, il avait régulièrement en ligne «un colonel qui nous promettait tout». Son portable ne répond plus.

Benflis arrive. Une femme en pleurs se précipite sur lui. Abda Hadda possède et dirige le quotidien El Fadj : «On s'était engagés à fond. Et on nous lâche de partout.» A commencer par «le peuple», cette société de «corrompus qui s'est laissé acheter par Bouteflika». Des incapables. Des analphabètes. «On ne peut jamais leur faire confiance : déjà, ils avaient voté FIS en 1991», martèle un apparatchik. «L'armée avait promis qu'elle interviendrait en cas de fraude généralisée, dit une magistrate. Sans bain de sang bien sûr.» En 1991 déjà, elle avait soutenu l'annulation des élections par les militaires, qui avait provoqué une guerre civile qui a fait de 150 000 à 200 000 morts. Abda Hadda aussi. «On a toujours été avec eux. Alors, qu'ils se démerdent comme ils veulent, mais qu'ils nous enlèvent Bouteflika.»

«Le message est clair.» La veille, dans la nuit, un appel à une «marche pacifique spontanée» avait été lancé depuis le QG de Benflis. Vers 23 heures, une centaine de personnes, en tailleur et cravate, se retrouvent place du 1er-Mai devant un impressionnant cordon policier. Ça matraque tout de suite. «Le message est clair», dit un membre de cette nouvelle opposition. Il remonte dans sa Mercedes. Un groupe de jeunes surgit. Ils allument des pétards, pulvérisent du Flytox pour l'incendier. Hurlent «Vive Bouteflika !». Les premières voitures du candidat victorieux passent en klaxonnant. Le groupe se met à crier «Ulaç smah l'vote» «pas de vote», slogan appelant au boycott en Kabylie. Puis «Vive Mouloudia !», un club de foot. L'un sniffe de la colle. L'autre tape dans un ballon. Ils entourent la petite dizaine de manifestants. A nouveau «Vive Bouteflika !». Les autres finissent par s'en aller. Ont voté.

Algeria-Watch e.V.

Postfach 360 164, 10997 Berlin, Germany
21 ter, rue Voltaire, 75011 Paris, France
Tel.: 00 33 (0) 6 98388144 ----- Fax: 00 49 (0) 89 14 88 28 11 22

www.algeria-watch.org

E-mail: algeria-watch@gmx.net

Paris, 23. Februar 2002

Presseerklärung

Prozess wegen Ermordung der Mönche in Algerien

Geheimdienst will Ex-Agent zum Schweigen bringen

Frau Fouzia Tigha, geborene Mendil, Mutter zweier Kinder, ist die Ehefrau von Herrn Abdelkader Tigha, ehemaliger Mitarbeiter des Geheimdienstes der algerischen Armee, die vormalige "Sécurité militaire", seit September 1990 DRS (Département du renseignement et de la sécurité, Militärischer Geheimdienst). Herr Tigha war von 1993 bis 1997 Adjutant (Hauptfeldwebel) beim Aufklärungsdienst des CTRI (Centre territorial de recherche et d'investigation, Regionales Forschungs- und Aufklärungszentrum) in Blida, einer ca. 40 km südwestlich von Algier gelegenen Stadt.

Das CTRI in Blida

Das CTRI in Blida ist der verlängerte Arm der wichtigsten Abteilung der DRS, des DCE (Direction du contre-espionnage, Hauptamt des Abwehrdienstes), in der 1. Militärregion (Umgebung von Algier). Das DCE steht seit September 1990 unter der Leitung von General Smail Lamari, genannt "Smain". Untersuchung von Menschenrechtsorganisationen und Aussagen ehemaliger Offiziere der Armee und des DRS haben ergeben, dass das CTRI in Blida - bis heute - eines der wichtigsten Zentren für die Repressionswelle ist, mit der die algerische Armee im seit Januar 1992 andauernden "schmutzigen Krieg" die Bevölkerung überzieht. Das CTRI wurde von Juli 1990 bis Oktober 2003 von Oberst M'Henna Djebbar geleitet. In diesem wichtigen Folterzentrum wurden Tausende von extralegalen Hinrichtungen von Zivilisten, die des Islamismus beschuldigt wurden, (ein Teil von ihnen zählt zu den "Verschwundenen") durchgeführt. Zugleich diente das CTRI als eines der wichtigsten Zentren zur Kontrolle der bewaffneten islamistischen Gruppen, die seit 1992 vom DRS gegründet oder manipuliert wurden und die insbesondere für die großen Massaker in der Umgebung von Algier im Herbst 1997 verantwortlich sind.

Algeria-Watch veröffentlichte im Oktober 2003 einen umfangreichen Bericht unter dem Titel "Algerien: Die Mordmaschine", in dem die verfügbaren Informationen über das CTRI in Blida (sowie über andere Folter- und Hinrichtungszentren des DRS) zusammengestellt wurden.⁵

Die lange Irrfahrt des Abdelkader Tigha

Aufgrund verschiedener Auseinandersetzungen mit seinen Vorgesetzten, die ihn um sein Leben fürchten ließen, entschloss Herr Tigha sich Ende 1999, zu desertieren und Algerien zu verlassen. Infolge einiger Zwischenfälle kam er schließlich im Januar 2000 in Bangkok (Thailand) an. Dort wurde er bis September 2003 in Haft gehalten. Während dieser Haftzeit bekundete Herr Tigha seine Bereit-

⁵ Salah-Eddine Sidhoum und Algeria-Watch, *Algerien: Die Mordmaschine. Bericht über Folter, geheime Haftzentren und die Organisation der Mordmaschine*, <http://www.algeria-watch.org/pdf/pdf_de/mordmaschine.pdf>

schaft, über die äußerst schweren Menschenrechtsverletzungen durch den algerischen Geheimdienst auszusagen, zu deren Zeuge er geworden war. In mehreren Artikeln in der internationalen Presse wurde über seine Enthüllungen berichtet.⁶ Der wichtigste dieser Artikel, der von der französischen Tageszeitung *Libération* veröffentlicht wurde, betrifft die direkte Verstrickung der Chefs des DRS in die Entführung und Ermordung von sieben französischen Mönchen des Klosters in Tibéhirine im Frühjahr 1996.⁷

Trotz mehrerer Anträge erhielt Herr Tigha nicht den Schutz des Hochkommissariats für Flüchtlinge der Vereinten Nationen. Im Sommer 2003 wurde offensichtlich, dass sein Leben direkt durch den algerischen Geheimdienst in Gefahr war. Mit der Unterstützung verschiedener internationaler Menschenrechtsorganisationen, die das Leben eines entscheidenden Zeugen der Menschenrechtsverletzungen in Algerien schützen wollten, gelang es Herrn Tigha im September 2003, Thailand zu verlassen und nach Jordanien einzureisen. Doch auch in diesem Land war sein Leben vor dem algerischen Geheimdienst nicht sicher und er musste am 3. Dezember 2003 Jordanien verlassen und in die Niederlande reisen. Dort wird er seither in Haft gehalten, in Erwartung eines Bescheids auf seinen Antrag auf politisches Asyl.

Die in Paris erstattete Anzeige gegen unbekannt wegen der Ermordung der Mönche von Tibéhirine und ihre Folgen für Frau Tigha

Am 9. Dezember 2003 erstatteten Familienmitglieder von Christophe Lebreton, eines der französischen Mönche von Tibéhirine, die im Mai 1996 ermordet worden waren, und Pater Armand Veilleux, ehemaliger Abt des Zisterzienserordens, Anzeige gegen unbekannt als Nebenkläger, um die Umstände dieser Tragödie endlich aufzuklären. Rechtsanwalt Patrick Baudouin, ehemaliger Vorsitzender der FIDH (Fédération internationale des ligues des droits de l'homme) und bereits Rechtsvertreter von Abdelkader Tigha bei der Beantragung des politischen Asyls, wurde von der Familie Lebreton und von Herrn Veilleux mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt.

In der schriftlichen Anzeige⁸, die auf der Website von Algeria-Watch verfügbar ist, stützt sich Rechtsanwalt Baudouin in weiten Teilen auf die Aussagen von Herrn Tigha.

Nach Informationen, die Algeria-Watch, Justitia Universalis (eine besonders im Kampf gegen die Straflosigkeit in Algerien engagierte Organisation) und REMDH (Réseau euro-méditerranéen des droits de l'homme) seit Januar 2004 bekannt wurden, wurde die Ehefrau von Herrn Tigha, die mit ihren beiden Kindern immer noch in Blida in der Cité Frantz Fanon in unmittelbarer Nähe des CTRI lebt, Opfer verschiedenartiger Belästigungen, die sie mit großer Sorge erfüllten, und unlängst unverhohlener Drohungen, die sie um ihr Leben fürchten ließen.

Anfang Januar erhielt Frau Tigha Besuch von einem französischen Journalisten namens Didier Contant, der vorgab, für Figaro-Magazine zu arbeiten, und von einem algerischen Journalisten namens Achouri begleitet wurde. Sie sagten ihr, dass sie über die Affäre der 1996 ermordeten Mönche recherchierten, stellten ihr aber vor allem Fragen über eine angebliche Verstrickung ihres Ehemannes in den Handel mit Drogen und Fahrzeugen (zu der Zeit, als er beim CTRI war) und über die angebliche illegale Bereicherung der Familie. Frau Tigha wies diese Anschuldigungen zwar entschieden zurück (Frau Tigha und die Brüder ihres Mannes leben in sehr bescheidenen Verhältnissen), aber dieses Vorkommnis löste bei ihr große Besorgnis aus. Die beiden Journalisten stellten die gleichen Fragen auch anderen Mitgliedern der Familie Tigha.

Am 16. Februar 2004 wurde bekannt, dass Didier Contant bei einem Sprung aus dem siebten Stock eines Gebäudes in Paris ums Leben gekommen ist. In der Tageszeitung *France-Soir* wurde am 17. Februar ein Artikel mit dem Titel "L'ex-rédacteur en chef de Gamma victime d'une chute : il enquêtait sur le GIA" (Der ehemalige Chefredakteur von Gamma stirbt bei einem Fenstersturz: Er recherchierte über die GIA) veröffentlicht, in dem es hieß, er habe kürzlich zu seinen Freunden gesagt: "Ich habe das Gefühl, meine Finger in eine Geschichte gesteckt zu haben, die ich nicht durchschaue."

Am 10. Februar 2004 fand Frau Tigha in ihrer Wohnung 26 Fotos, auf denen zerstörte und in Brand gesetzte Häuser und brennende Kerzen abgebildet waren, was ihr wie eine Drohung erschien.

⁶ Siehe insbesondere den ausführlichen, im September 2001 von Nord-Sud-Export veröffentlichten, Artikel: Nord-Sud Export, n° 427, 21 septembre 2001 "Algérie: les révélations d'un déserteur de la SM", <http://www.algeria-watch.org/farticle/transfuges_generaux/tigha_deserteur.htm>

⁷ Arnaud Dubus, "Les sept moines de Tibéhirine enlevés sur ordre d'Alger", *Libération*, 23.12.2002.

⁸ <http://www.algeria-watch.de/fr/article/just/moines/plainte_texte.htm>

Außerdem erfuhr sie aus Kreisen innerhalb des CTRI, dass sie unter Beobachtung stehe, ihr Telefon abgehört werde und der DRS viel Geld ausgegeben habe, um ihren Ehemann auszuschalten oder ihn aus den Niederlanden "auszuschleusen" und nach Algerien zu schaffen.

Die Nachbarn in dem Gebäude, in dem Frau Tigha wohnt und das ausschließlich von Familien von Agenten des CTRI bewohnt wird, mieden jeden Kontakt mit ihr und ihren Kindern.

Frau Tigha wird seit dem 18. Februar 2004 bis heute tags wie nachts mit Telefonanrufen belästigt, in denen anonyme Anrufer obszöne Äußerungen tätigen und ihr damit drohen, sie und ihre Kinder zu vergewaltigen.

Die algerische Tageszeitung El-Watan veröffentlichte am 20. Februar 2004 einen mit "Salima Tlemcani" unterzeichneten Artikel mit dem Titel "Le journaliste français Didier Contant poussé au suicide/Victime du qui tue qui" (Der französische Journalist Didier Contant in den Selbstmord getrieben/Opfer des wer-tötet-wen). Dieser Artikel voller Lügen und Verleumdungen erhob schwere Vorwürfe gegen den Rechtsanwalt Baudouin, den Canal+-Journalisten Jean-Baptiste Riviore und die Leitung des Figaro-Magazine und gab unmissverständlich zu verstehen, dass die Aussagen von Tigha über die Ermordung der Mönche nicht glaubwürdig sei. Die Vorwürfe wurden in anderer Form tags darauf von der algerischen Tageszeitung L'Expression und am 23. Februar von der Tageszeitung Le Matin erneut erhoben.

* Algeria-Watch protestiert entschieden gegen die Drohungen gegenüber Frau Tigha, die offensichtlich darauf abzielen, Druck auf ihren Ehemann auszuüben, damit dieser davon absieht, im Rahmen des am 10. Februar 2004 von der französischen Justiz aufgrund der von Rechtsanwalt Baudouin erstatteten Anzeige eröffneten Verfahrens auszusagen, das die wahren Umstände der Ermordung der Mönche von Tibéhirine aufklären soll.

* Algeria-Watch fordert von der französischen und holländischen Regierung, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen:

- um einerseits zu erreichen, dass die algerische Regierung unverzüglich dafür sorgt, dass alle Aktivitäten des algerischen Geheimdienstes gegen Frau Tigha eingestellt werden;

- und um andererseits die Sicherheit von Herrn Tigha in Holland und die seiner gesamten Familie in Algerien zu garantieren, damit die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass er seine entscheidende Aussage vor dem mit dem Verfahren infolge der Anzeige der Familie Lebreton betrauten Richter Jean-Louis Brugière machen kann.

* Algeria-Watch protestiert schließlich gegen die mediale Verleumdungskampagne - in der großen Tradition des DRS - gegen all jene, die heute dafür kämpfen, die Wahrheit über die Menschenrechtsverletzungen in Algerien und insbesondere die Ermordung der Mönche aufzuklären.

Un déserteur algérien a du mal à obtenir l'asile

Steven Derix (NRC Handelsblad), Rotterdam, le 29 mars 2003

Il est « très déçu ». Plutôt, Abdelkader Tigha est en colère. L'ancien adjudant des services secrets algériens se trouve depuis début décembre en rétention au Grenshospitium, au sud d'Amsterdam – centre où les demandeurs d'asile déboutés attendent d'être expulsés. « Une prison » fait savoir Tigha au téléphone. Il s'emporte : « Mon problème n'a rien à voir avec l'asile. C'est une affaire politique. ».

Un banal demandeur d'asile, Tigha ne l'est assurément pas. En France, le déserteur algérien défraie la chronique. Selon lui, il est témoin de la retentissante affaire des moines qui, en 1996, furent enlevés de leur monastère de Tibeherine (Algérie) et dont on ne retrouvera plus tard que les têtes. Tigha a vu comment les Trappistes furent conduits dans un des centres des services secrets à Blida avant d'être remis à Djamel Zitouni « émir » du GIA, groupe d'islamistes extrémistes. Aussi Tigha vient-il confirmer ce que d'autres avaient déjà dit : le régime des généraux algériens a pendant des années manipulé des groupes extrémistes comme le GIA. Ainsi, les généraux seraient coupables de l'assassinat de milliers de civils innocents.

Force est de constater que cette affaire dérange la France. Depuis son indépendance, en 1962, l'Algérie est restée le pré carré de la France. Pour les services secrets français, les Algériens sont des partenaires très appréciés dans la lutte contre le terrorisme islamiste. Que les Français ignorent de ce qui se passe dans la « sale guerre » que mènent les généraux algériens est très improbable. « Tigha est un témoin clé » affirme Mohamed Samaroui, ex-agent des services secrets algériens et auteur d'un brûlot sur le rôle des services algériens dans la guerre civile. Selon Samaroui, le témoignage de Tigha révélera le rôle des services français en tant que « partenaires privilégiés » des services algériens, le DRS. « Ils devaient nécessairement savoir »

« Ce dont j'ai peur », dit Tigha, « c'est que la France tente d'influer sur l'issue de ma procédure d'asile, ici [en Hollande] ». L'ancien sous-officier a une bonne expérience avec la France. Après sa fuite d'Algérie en 1999, c'est sur les conseils des autorités françaises qu'il s'était rendu en Thaïlande. Une fois à Bangkok, il eut des entretiens avec les services secrets français qui lui proposèrent de travailler pour eux dans un pays arabe. Ils lui proposèrent également de l'argent pour acheter son silence. Mais Tigha voulait autre chose : l'asile. De plus, il désirait témoigner, chose pour laquelle ses interlocuteurs français manifestèrent très peu d'intérêt. Echec des négociations : Tigha est abandonné à son sort à Bangkok. Son visa de tourisme expiré, il sera arrêté.

Libéré en 2003, Tigha est menacé d'être livré à l'Algérie. Une ONG des droits de l'Homme, la FIDH s'intéresse au cas de Tigha et tente de le soustraire des mains des autorités algériennes. Tigha s'envole pour la Jordanie, pays qu'il devait quitter dans l'urgence. « On m'a dit que ma vie était en danger » La FIDH fit un appel pressant au président français, Jacques Chirac, pour que Tigha bénéficie de l'asile. Chirac refuse mais les autorités françaises feront « tout leur possible » pour trouver une « solution humanitaire » sans pour autant délivrer de visa. La France a bien « pris contact avec les autorités jordaniennes pour les informer et de leur demander de ne rien faire qui puisse mettre l'intéressé en danger », comme l'écrit le conseiller diplomatique Gourdault-Montagne.

Le 2 décembre 3, Tigha prend l'avion à destination de Kuala-Lumpur avec escale à Amsterdam. A l'aéroport de Schiphol, l'avocate Liesbeth Zegveld attend Tigha et introduit une procédure d'asile. En février, la demande d'asile est rejetée par les services de l'immigration (IND) au motif que Tigha représente « un danger pour l'ordre public » dans la mesure où il tombe sous le coup de l'article 1F de la Convention internationale pour les réfugiés. L'IND estime possible que l'ex-employé des services secrets algériens ait participé à des actes de tortures et à des exécutions, Des preuves concrètes, il n'y en a point. L'IND se base sur le seul fait que Tigha admet avoir fait partie des services secrets. Ce qui pour l'IND est suffisant. Mais, comme le fait savoir l'IND, Tigha ne sera pas livré à l'Algérie – où il risque d'être torturé.

Début février, la justice française a ouvert une enquête sur le meurtre des moines après qu'une plainte eut été déposée par une des familles. Cette enquête s'oriente sur les faits d'« enlèvement, de séquestration et d'assassinat en relation avec une entreprise terroriste ». Ainsi, le GIA est désigné d'emblée comme le principal coupable, comme l'écrit Le Monde. Le responsable de l'instruction est Jean-Louis Bruguière, chargé des affaires de terrorisme, qui par sa fonction, entretient des relations avec les services français et algériens. « Le problème avec Bruguière » dit Tigha « c'est qu'il a des années durant collaboré avec mon chef »

ALGERIENS SCHMUTZIGER KRIEG

Geheimdienstler packen aus

DIE Rolle der Armee und der Geheimdienste im algerischen Bürgerkrieg war nicht so eindeutig, wie der Öffentlichkeit glauben gemacht wird. Autobiografische Berichte werfen ein neues Licht auf die Methoden, die seit 1992 im Kampf gegen die Islamisten angewandt wurden, und bieten auch neue Hinweise zur Aufklärung der Morde an Zivilisten.

Von Djamel Benramdane*, Le Monde diplomatique Nr. 7307 vom 12.3.2004

Vor zwölf Jahren brach der Bürgerkrieg in Algerien aus, mit mehr als 150 000 Opfer, überwiegend unter der Zivilbevölkerung. Aber was wissen wir wirklich über diesen mörderischen Konflikt? In Frankreich sind seit Ende 2000 eine ganze Reihe von Büchern erschienen, die sich mit der gnadenlosen Offensive der algerischen Armee gegen die islamistische Guerilla befassen. Die Berichte von Beteiligten mögen ausschnitthaft sein und nicht immer belegbar(1), aber sie bieten - vor allem was die Rolle der algerischen Geheimdienste angeht - neue Einsichten in die Hintergründe eines schmutzigen Krieges, der lange undurchschaubar schien. In Algerien sind diese Bücher de facto verboten.

Mit dem Staatsstreich vom Januar 1992, der einen Wahlsieg der Islamischen Heilsfront (FIS) verhinderte, übernahm die Armee die Macht in Algerien. Sie konnte sich dabei auf verschiedene politische Parteien und Gesellschaftsgruppen stützen. Die Ausrufung des Ausnahmezustands und das Verbot der FIS bildeten den Auftakt zu einer umfangreichen Verhaftungswelle: Tausende von Aktivisten und "Sympathisanten" der Islamisten, und ebenso unzählige "Verdächtige", kamen in Untersuchungshaft oder wurden in Gefangenenlager in der Sahara verschleppt und dort ohne Anklage festgehalten.(2) Wer entkommen konnte, ging in den Untergrund; viele schlossen sich den radikalen Gruppen an, die im Juni 1991, nach der Verhaftung der FIS-Führung, den bewaffneten Kampf aufgenommen hatten.

Die massive Repression, die die islamistische Bewegung innerhalb weniger Monate hätte vernichten sollen, führte nicht zum Erfolg. Im Norden des Landes konnte sich eine Guerilla dauerhaft etablieren, die auf das alte Unterstützernetzwerk der FIS zurückgriff. Morde und Bombenanschläge terrorisierten die algerische Bevölkerung in den Städten, und auf dem Land zwangen die islamistischen Gruppen die Leute dazu, ihnen regelmäßig Abgaben zu leisten. Weil die reguläre Armee dieser Welle der Gewalt nicht Herr wurde, begann sie mit dem Aufbau einer umfangreichen Kriegsmaschinerie, in der die "Abteilung für Information und Sicherheit" (DRS) eine tragende Rolle spielte. Seit 1992 übernahm dieser Geheimdienst die zentralen Aufgaben im System der Terrorbekämpfung, das sich vor allem gegen die "Bewaffneten Islamischen Gruppen" (GIA) richtete.(3)

Diese Spirale der Gewalt wurde zehntausenden von Algeriern zum Verhängnis. Vor allem in der Mitte des Landes und in der Mitidja-Ebene, der Hochburg der GIA, kam es von Anfang an zu brutalen Angriffen auf die Zivilbevölkerung. Den unaufhaltsamen Weg in den Terror beschreibt Nasroullah Yous, der in dieser Region gelebt hat. In allen Einzelheiten schildert er, wie die Bewohner der kleinen Ortschaft Benthalha in der Nähe von Algier abwechselnd die Gewaltakte der Islamisten, des Militärs und der Milizen über sich ergehen lassen mussten. Der tragische Höhepunkt des alltäglichen Schreckens, der Hinrichtungen, Entführungen, Mordanschläge und Raubüberfälle, war das Massaker im September 1997: In einer Nacht wurden fast 400 Menschen von unbekanntem Bewaffneten getötet. Nasroullah Yous behauptet nicht, die Armee sei für diese Morde verantwortlich, aber sein Bericht lässt doch Zweifel an der offiziellen Version aufkommen, die alle Gewaltakte dieser Art den Islamisten zuschreibt. Die algerischen Medien haben jedenfalls eine regelrechte Hexenjagd gegen den Autor inszeniert.(4)

Schon in den ersten Monaten der Auseinandersetzung versuchte die Regierung, alle unabhängigen Medien gleichzuschalten und die Arbeit ausländischer Medien und der Menschenrechtsorganisationen einzuschränken. Mohamed Samraoui, ein ehemaliger Mitarbeiter der Spionageabwehr, berichtet, wie die "Dienste" sich der Unterstützung von Rechtsanwälten und Intellektuellen sowie befreundeter Parteien versicherten, um ihrer Propaganda für die "Priorität der Sicherheit" zum Erfolg zu verhelfen. Die Methoden der Manipulation und Desinformation umfassten sogar die Verbreitung gefälschter "schwarzer Listen" mit den Namen von Intellektuellen, die angeblich auf der Abschussliste der Isla-

misten standen. Der Militärgeheimdienst DRS fabrizierte Verlautbarungen der GIA, die zum Streit zwischen den islamistischen Fraktionen führen sollten.(5)

Samraoui, ein hochrangiger Offizier, der jahrelang mit den Führungskräften in den Geheimdiensten zusammenarbeitete, bestätigt auch die These von der Unterwanderung der GIA-Führung und von der Instrumentalisierung islamistischer Gewaltakte. Nach seiner Darstellung hat der DRS eigene bewaffnete Gruppen gegründet, die der Guerilla entgegentreten sollten, und angeblich desertierte Militärangehörige in die Netze der Terroristen eingeschleust. Diese Strategie - die natürlich strenger Geheimhaltung unterlag und zwischen den Diensten genau abgestimmt sein musste - scheiterte allerdings schon bald, weil einige der neuen Gruppierungen völlig außer Kontrolle gerieten.(6)

In der militärischen Auseinandersetzung verließen sich die Sondereinheiten unter dem Kommando des Generalstabs, die im Untergrund operierten, weitgehend auf die "örtlichen Informanten" der Geheimdienste. Abdelkader Tigha, der zu einer dieser Antiterrorereinheiten in der Mitidja-Ebene gehörte, hat exakt benannt, worin deren Auftrag bestand: "Zivilisten, die als Terroristen galten, zu verhören, zu foltern und hinzurichten." Seit 1993 existierten das Antiterrorgesetz und Sondergerichte, die, nach eindeutiger Anweisung von oben, die Aufgabe gehabt hätten, "langwierige Verhandlungen vor Gericht" überflüssig zu machen.(7)

Gleichzeitig versuchte die Armee, den GIA dadurch den Rückhalt in der Bevölkerung zu nehmen, indem sie - hochproblematisch - bewaffnete Dorfmilizen aufstellen ließ. Offiziell galten die zivilen Hilfstruppen als "Selbstverteidigungsorganisationen", sie bildeten jedoch eher eine Vorhut der Armee im Kampf gegen die GIA. Tatsächlich gelang es, mit dieser "Privatisierung des Krieges", den Terrorismus einzudämmen - der Preis war allerdings eine allgemeine Zunahme der Gewalt in den ländlichen Gebieten. Einige Milizen gerieten völlig außer Kontrolle, sie konnten sich für Anschläge ungestraft mit Massakern unter der Zivilbevölkerung rächen und damit anhaltende Fehden zwischen den Sippen auslösen. In den offiziellen Meldungen war stets nur von islamistischen Anschlägen und Rivalitäten zwischen Untergrundorganisationen die Rede.(8)

Überdies traten in diesem Chaos auch "Todesschwadronen" auf, die - nach Auskunft des damaligen Staatspräsidenten Liamine Zéroual - keine staatliche Unterstützung genossen, sondern "mächtigen Interessengruppen" dienten.(9) Mohamed Samraoui behauptet, es habe sich um verdeckte Operationen der Geheimdienste gehandelt, Spezialkommandos, die mit Strafaktionen und anonymen "gezielten Schlägen" beauftragt waren. Die extreme Gewalt eskalierte 1997, als tausende von Unschuldigen Massakern zum Opfer fielen. Bis heute ist unklar, was diese Ereignisse ausgelöst hat. Doch noch im selben Jahr beugte sich das Regime dem internationalen Druck und ließ es zu, dass Menschenrechtsorganisationen ihre Arbeit in Algerien aufnehmen konnten. Ein Vertreter einer solchen Organisation erinnert sich, dass damals "lügen und vertuschen an der Tagesordnung war".(10)

Aber ausgerechnet in dieser Zeit des Schreckens begannen die Geheimdienste, mit der Islamischen Armee des Heils (AIS) - dem bewaffneten Arm der FIS - zu verhandeln. Während noch immer ganze Dörfer ausgelöscht wurden und kein Tag ohne neue Meldungen von entsetzlichen Bluttaten verging, erklärte die AIS im Oktober 1997 einen einseitigen Waffenstillstand. Knapp 6 000 Untergrundkämpfer, von denen viele blutiger Gewaltverbrechen überführt worden waren, wurden amnestiert. Bis heute kennt die Öffentlichkeit nicht den Inhalt des Abkommens zwischen Regierung und Islamisten. Über die frühen Jahre des Konflikts wissen wir inzwischen etwas mehr, aber noch immer sind ganze Bereiche dieses "schmutzigen Krieges" nicht aufgeklärt. Noch fehlen vollständige Untersuchungen über die Folter, über Verschwundene und über die so plötzliche und unerklärliche Auflösung der GIA kurz nach dem Abkommen und kurz nach den Massakern von 1997.

deutsch von Edgar Peinelt

Fußnoten:

- (1) Drei dieser autobiografischen Berichte, die in Frankreich und anderen europäischen Ländern veröffentlicht wurden, stammen von früheren Geheimdienstmitarbeitern, die Verbindungen zu einer Dissidentenorganisation, der umstrittenen "Algerischen Bewegung freier Offiziere" (Maol), unterhalten.
- (2) Siehe Lyes Laribi, "Dans les gèoles de Nezzar", Paris (Paris-Méditerranée) 2002.
- (3) Nach einem Generalstreik im Juni 1991 wurden alle bedeutenden Führer der FIS verhaftet.
- (3) Siehe Habib Souaida, "La Sale Guerre", Paris (La Découverte) 2001.
- (4) Nesroulah Yous, "Qui à tué à Benthalha?", Paris (La Découverte) 2000. In der algerischen Presse wurde der Autor beschuldigt, an dem Massaker beteiligt gewesen zu sein.
- (5) Mohamed Samraoui, "Chronique des années de sang", Paris (Denoël) 2003.

(6) Dazu hat sich, im Rahmen des Prozesses, den er in Paris gegen Habib Souida, (s. o.) anstrebte, auch der frühere algerische Verteidigungsminister Khaled Nezzar geäußert. Zu den Behauptungen von Mohamed Samraoui erklärte er, es habe überall "Infiltration und verdeckte Operationen gegeben", doch die GIA sei keineswegs "ein Geschöpf der Geheimdienste" gewesen.

(7) Siehe "Algérie: les révélations d'un déserteur de la SM", Nord-Sud Export, Nr. 427, Paris, September 2001. In dieser Zeitschrift wird behauptet, die algerischen Behörden hätten - ohne Erfolg - die Auslieferung bzw. Ausweisung von Abdelkader Tigha aus Thailand und Jordanien verlangt, wo er sich bis zu seiner Flucht nach Europa (2003) aufhielt.

(8) Zwei ausführliche Berichte des algerischen Menschenrechtsaktivisten Salaheddine Sidhoum zu diesen Vorgängen ("La machine de mort" und "Les milices dans la nouvelle guerre d'Algérie") wurden 2003 von Algeria Watch veröffentlicht. Dort werden allein für Relizane, eine Stadt im Westen Algeriens, 131 Fälle von "verschwundenen" Personen und Hinrichtungen ohne Gerichtsurteil dokumentiert, bei denen die örtliche Miliz, unter Führung des Bürgermeisters, die Hand im Spiel hatte.

(9) Der Präsident beantwortete eine Anfrage von Louisa Hanoune, der Vorsitzenden der Arbeiterpartei, die im Dezember 2001 auf solche Vorfälle aufmerksam gemacht hatte.

(10) "Le Procès de ‚La Sale Guerre‘", Paris (La Découverte) 2002.

Le Monde diplomatique Nr. 7307 vom 12.3.2004, Seite 20, 220 Zeilen (Dokumentation)

* Chefredakteur von Algeria Interface (www.algeria-interface.com).

EIN PROZESS IN PARIS

Der Mord an den Trappisten von Tibhirine

Von Thomas Schmid*, *Le Monde diplomatique*, 12. März 2004

ALS 1997 bei Massakern in Algerien ganze Dorfgemeinschaften hingemetzelt wurden, war die Öffentlichkeit über den Terror islamistischer Fanatiker schockiert. Nur wenige kritische Stimmen warfen die Frage auf: "Wer tötet hier eigentlich wen?". Der französische Philosoph Bernard-Henri Lévy beschied solche Häretiker barsch: "Die Massaker und diejenigen, die sie verüben, zu stoppen, das ist die einzige Frage, um die es gehen kann, der Rest ist unverantwortliches Geschwätz, eine Beleidigung der Opfer." Dass die Islamisten die Massaker verübten, stand für ihn außer Frage. André Glucksmann, ebenfalls französischer Philosoph, warnte: "Wer eine Untersuchungskommission verlangt, will die eigentlichen Verbrechen nicht benennen." Und er meinte damit die Verbrechen der Islamisten. Just Philosophen, Vertreter einer Wissenschaft also, für die der Zweifel ein konstituierendes Moment par excellence ist, tabuisierten Fragen und verlangten ein Bekenntnis. Lévy und Glucksmann waren von der algerischen Regierung an die Stätten der Verbrechen eingeladen worden und durften sehen, was man ihnen zeigte. Beide schrieben lange Reportagen, die in den prominentesten Zeitungen Europas und der USA erschienen. Beide haben an der Verschleierung einer grausamen Realität mitgewirkt.

In Algerien ist die Frage nach der Verstrickung von Armee und Geheimdienst in den islamistischen Terror noch immer weitgehend tabuisiert. Doch in Europa kommt die Wahrheit häppchenweise ans Licht. Am 10. Februar hat in Paris ein Strafprozess begonnen, der - weit über den Casus Belli hinaus - ein neues Licht auf die Auseinandersetzungen werfen könnte, denen zehntausende Menschen zum Opfer fielen. Es geht um den Mord an sieben französischen Mönchen im Frühling 1996 etwa siebzig Kilometer südlich von Algier. Die Klage hatte der ehemalige Präsident der "Internationalen Föderation der Menschenrechts-Ligen" (FIDH) Patrick Baudouin erst im vergangenen Dezember eingereicht - im Namen der Familie Lebreton und im Namen von Pater Armand Veilleux. Christophe Lebreton war mit 45 Jahren der jüngste der ermordeten Trappistenmönche, Armand Veilleux war zur Tatzeit Generalprokurator des Zisterzienserordens, dem die Trappisten angehören.

Am 27. März 1996, um 1.15 Uhr nachts, tauchten vor dem Kloster Tibhirine, das zwischen den Städten Medea und Blida liegt, 20 bewaffnete Männer auf und entführten sieben Mönche. Am 26. April publizierte die in London erscheinende arabische Zeitung Al Hayat das Kommuniqué Nummer 43 der GIA, in dem die damals berüchtigtste islamistische Terrorgruppe Algeriens die Verantwortung für die Entführung übernahm. Gezeichnet war das Kommuniqué von GIA-Chef Djamel Zitouni. Am 21. Mai verkündeten die GIA in ihrem Kommuniqué Nummer 44: "Der Präsident Frankreichs und sein

Außenminister haben erklärt, dass sie mit den GIA nicht verhandeln. Sie haben den Faden des Dialogs abgeschnitten. Wir unsererseits haben nun den sieben Mönchen die Hälse abgeschnitten." Unterzeichner war wieder Djamel Zitouni. Am 31. Mai gaben die algerischen Behörden bekannt, die Leichen der sieben Mönche seien aufgefunden worden. Das Drama der enthaupteten Trappisten erschütterte damals ganz Frankreich. Vor nichts schreckten diese Islamisten also zurück! Die Kritik an den algerischen Sicherheitskräften, die bei der Bekämpfung des Terrors ja nicht gerade zimperlich voringen, verstummte. Was sich in den zwei Monaten zwischen der Entführung und den Morden abgespielt hat, das soll nun in einem Pariser Gerichtssaal geklärt werden.

Der Nebenkläger Armand Veilleux, der heute Abt in einem Zisterzienserkloster in Belgien ist, geht nach jahrelanger Recherche davon aus, dass bei der Entführung der Mönche die algerische Armee Regie geführt hat; dass es darum ging, Öffentlichkeit und Politiker Frankreichs von der islamistischen Gefahr zu überzeugen; dass im Übrigen aber der Mord an den Mönchen von den Militärs nicht beabsichtigt war. Zitouni, so viel scheint festzustehen, kann die von ihm unterschriebenen Kommunikés nicht verfasst haben. Sie sind in klassischem Hocharabisch geschrieben, das er als ungebildeter ehemaliger Geflügelhändler nicht beherrschen konnte. Und Zitouni, dafür spricht vieles, war seit 1994 nicht nur GIA-Chef, sondern auch Agent des Geheimdienstes der algerischen Armee.

Der Erste, der dies behauptet hat, war Hauptmann Ahmed Chouchane, der wegen "subversiver Machenschaften" drei Jahre im Gefängnis saß. Kurz nachdem er 1995 entlassen worden war, schlug ihm nach eigenen Aussagen General Kamel Abderrahmane, der Chef des für die Armee zuständigen Zweigs des militärischen Geheimdienstes, vor, Zitounis Stellvertreter zu werden. Der General habe ihm gesagt: "Zitouni ist ein Mann von uns." Chouchane lehnte ab. Er genießt heute politisches Asyl in Großbritannien.

1997 gab Ali Benhadjar, zur Tatzeit Mitglied eines GIA-Trupps, der in der Region des Klosters von Tibhirine operierte, bekannt, Zitouni habe von seiner Gruppe verlangt, die Mönche zu entführen. Sein Führer aber habe dies abgelehnt, weil man den Trappisten schon im Dezember 1993 bei einem Besuch das aman, das heißt ein beeidigtes Versprechen, gegeben habe, sie nicht anzugreifen. Die Mönche hätten nämlich versprochen, ihnen wie allen Menschen - egal ob Militärangehörigen, Bauern oder Islamisten - medizinische Hilfe zu gewähren. Auf die Weigerung hin habe Zitouni andere GIA-Gruppen eingesetzt. Der GIA-Chef, so behauptete Benhadjar in seiner schriftlichen Erklärung von 1997, sei vom militärischen Geheimdienst manipuliert gewesen.

Kurz vor Weihnachten 2002 meldete sich aus dem fernen Thailand Abdelkader Tigha zu Wort, der 1996 in Blida, etwa 30 Kilometer vom Trappistenkloster entfernt, Offizier des militärischen Geheimdienstes DRS war. Er war 1999 aus Algerien geflüchtet, hatte sich nach Syrien abgesetzt, wo er die französische Botschaft kontaktierte und erklärte, er sei bereit, sein geheimdienstliches Wissen auspacken, wenn man ihm politisches Asyl gewähre. Damaskus schien den Franzosen ein riskantes Pflaster, und so verabredete man Gespräche in Thailand. Im Januar 2000 wurde Tigha in Bangkok von drei französischen Geheimdienstlern kontaktiert, die ihm allerdings kein politisches Asyl versprechen konnten, zumal nicht klar war, ob er möglicherweise selbst an der Folterung und Tötung von Islamisten beteiligt gewesen war, Verbrechen, die er seinen ehemaligen Vorgesetzten und Kollegen vorwarf. Als sein Touristenvisum im April 2000 auslief, wurde er von der thailändischen Polizei in Auslieferungshaft genommen. Im vergangenen September gelang ihm die Ausreise nach Jordanien. Seit Dezember sitzt er in Amsterdam, wo er politisches Asyl fordert, in Auslieferungshaft.

Was Tigha in Bangkok einem Reporter der französischen Tageszeitung Libération erzählte, ist höchst brisant. Er behauptete, dass Mouloud Azzout, die rechte Hand von GIA-Chef Djamel Zitouni, am 24. März 1996 in seiner Kaserne aufgetaucht sei, daselbst übernachtet und am Morgen ein zweistündiges Gespräch mit Smail Lamari, der damaligen Nummer zwei des militärischen Geheimdienstes, geführt habe. In der Nacht vom 26. auf den 27. März seien dann zwei Kleinbusse vorgefahren. "Wir glaubten, es seien festgenommene Terroristen", gab Tigha zu Protokoll, "aber es waren die sieben Mönche, sie wurden von Mouloud Azzout verhört." Zwei Tage später habe Azzout die Mönche ins geheime Hauptquartier des GIA-Chefs gebracht. Von dort seien sie später an eine Gruppe der GIA ausgeliefert worden, die sich der Kontrolle der GIA-Spitze entzogen habe. Der DRS forderte von Djamel Zitouni die Rückgabe der Gottesmänner, und als sich der GIA-Chef zu jener Gruppe aufmachte, geriet er in einen Hinterhalt der AIS, einer verfeindeten islamistischen Truppe, die ihn ermordete. Mouloud Azzout, seine rechte Hand, kehrte in die Kaserne von Blida zurück, wo er noch zwei Wochen lebte und vermutlich umgebracht wurde.

Tighas Enthüllungen könnten eine Erklärung dafür bieten, weshalb die GIA nicht - wie es ihre übliche mörderische Praxis war - die Mönche sofort an Ort und Stelle töteten und weshalb es einen ganzen Monat dauerte, bis das Kommuniqué Nummer 43 mit der Forderung an Frankreich, Gefangene auszutauschen, erschien: Es ging den geheimdienstlichen Organisatoren der Entführung darum, über eine Geiselnahme die französische Öffentlichkeit zu mobilisieren. Die Querelen zwischen den islamistischen Gruppen, denen die Mönche - vermutlich gegen den Willen der Auftraggeber der Entführung - zum Opfer gefallen sind, haben es verunmöglicht, sofort Forderungen zu stellen. Der Emissär der GIA, der am 30. April 1996 zwecks Verhandlungen Kontakt mit der französischen Botschaft in Algier aufnahm, wurde schon kurz danach ermordet - möglicherweise weil der algerische Geheimdienst sich von den Franzosen nicht in die Karten gucken lassen wollte. Die algerische Justiz hat im Fall der Ermordung der Trappistenmönche keine Ermittlungen geführt, deren Resultate öffentlich geworden wären.

Wenn Zitouni, der Chef der damals stärksten islamistischen Terrortruppe, tatsächlich für den militärischen Geheimdienst gearbeitet hat, wenn die GIA von diesem auch nach Zitounis Tod im Wesentlichen gesteuert waren, erscheinen die Massaker an ganzen Dorfgemeinschaften, die auch nie ernsthaft aufgeklärt wurden, in neuem Licht. Sind aber der islamistische Emir Benhadjar und die beiden abgesprungenen Geheimdienstler Chouchane und Tigha glaubwürdig? Man mag es bezweifeln. Doch angesichts der weitgehend übereinstimmenden Aussagen, die zudem vieles erklären, was bisher nicht stimmig schien, erstaunt es, dass die französische Justiz erst jetzt - acht Jahre nach der Tat, und erst auf Drängen von Abt Armand Veilleux - ein Verfahren eröffnet hat. Ungewöhnlich, wenn man bedenkt, dass die Opfer Franzosen waren. Allenfalls verständlich, wenn man die traditionell gute Kooperation zwischen algerischen und französischen Geheimdiensten in Betracht zieht.

* Lebt als freier Journalist in Berlin.

DISPARITIONS FORCÉES EN ALGÈRE :

Comment établir une commission nationale pour la vérité et la justice ?

A l'invitation du Collectif des familles de disparu(e)s en Algérie (CFDA), un séminaire s'est tenu à Paris le samedi 28 février 2004 sur le thème : Disparitions forcées en Algérie : comment établir une commission nationale pour la vérité et la justice ?.

Les participant(e)s ont réaffirmé leur solidarité avec les familles de disparu(e)s et les défenseurs algériens des droits de l'Homme dans leur lutte pour la vérité et la justice.

Ils dénoncent le mépris dans lequel sont en permanence tenues leurs revendications de liberté, de justice et de dignité.

Ils insistent sur l'obligation de l'État algérien de respecter, de faire respecter et de faire appliquer le droit international humanitaire et des droits de l'Homme.

Cette obligation comprend notamment :

- 1) la nécessité d'établir la vérité sur les violations flagrantes des droits de l'Homme et en particulier sur les disparitions forcées,
- 2) d'enquêter sur les violations et, le cas échéant, de prendre des mesures contre les auteurs des violations, conformément aux traités internationaux ratifiés par l'Etat algérien,
- 3) d'assurer l'accès effectif des victimes à une justice indépendante,
- 4) d'offrir aux victimes des voies de recours appropriées,
- 5) d'assurer réparation aux victimes.

L'assemblée a décidé la création d'un comité de travail et de réflexion avec le Collectif des familles de disparu(e)s en Algérie en vue :

- 1) du lancement de campagnes au niveau régional, national, et international sur les violations flagrantes des droits de l'Homme et notamment les disparitions forcées,
- 2) d'étudier les conditions de création d'une commission vérité et justice.

Paris, le 28 février 2004

Participants et premiers signataires :

Samia Aïdaoui (sœur de disparu), Salim Aïdaoui (famille de disparu), Hocine Aït Ahmed (président du FFS), Abdennour Ali Yahia (président LADDH), Reda Amrouche (frère de disparu), Yahia Assam (défenseur des droits de l'Homme), Abdeslam Belmokhtar (frère de disparu), Sadia Belmokhtar (mère de disparu), Zaïma Benachour (CFDA), Madjid Bencheikh (juriste), Omar Benderra (ancien président de banque), Rabah Benlatreche (président de l'association régionale de Constantine des familles de disparus), Abdelhamid Brahimi (ancien chef du gouvernement), Sofiane Chouiter (avocat des familles), Ahmed Dahmani (économiste), Kamel Daoud (président ADHT), Yahia Djafri (universitaire), Nassera Dutour (CFDA), Khadija El Mahdi (artiste), Fatima Gallaire (écrivain), Badia Hamza Chérif Gaouar (avocate), Mohamed Harbi (historien), Ghazi Hidouci (ancien ministre de l'économie), Mouloud Hamrouche (ancien premier ministre) Amina Kadi (docteur en mathématiques et famille de disparu), Dahmane Khelil (SOS Disparu), Leïla Khelil (étudiante en droit), Abdelhamid Mehri (ancien secrétaire général du FLN) Salima Mellah (Algéria-Watch), Louiza Saker (épouse de disparu) Amine Sidhoum (avocat des familles), Salah-Eddine Sidhoum (défenseur des droits de l'Homme), Mohamed Smaïn (LADDH), Ahmed Taleb Ibrahim (mouvement El Wafa), Khaoula Taleb Ibrahim (universitaire), Fatima Yous (présidente de SOS Disparu), Nesroulah Yous (président Vérité et justice pour l'Algérie)

Ont apporté leur soutien les organisations suivantes : ACAT, Centre international pour une justice transitionnelle, LDH, Amnesty International, FIDH, REMDH, CEDETIM, CCFD, SOLIDA, Hourrya/Liberté.

P/ le Collectif

Nassera Dutour

Voices of the Dead Echo Across Algeria

By CRAIG S. SMITH, *The New York Times*, April 18, 2004

SIDI MOUSSA, Algeria — Algeria is mending from a decade-long civil war, but its ghosts of the dead, and especially of the missing, continue to haunt the government and military.

A military coup in 1992 prevented an Islamist government from taking power, but it introduced years of terror. More than 150,000 people died, killed by either Islamist rebels or government forces.

Many of the dead — a tenth — have never been found; their relatives, like Ali Merabet, are still trying to find the remains. Thanks to an amnesty four years ago, former Islamist rebels have helped in the search.

Peering into a brick-lined well half-hidden among the orange groves here, Mr. Merabet and a former rebel, Hafid Oumedi, stood discussing whether the bones of Mr. Merabet's brothers, Aziz and Merzak, might lie at the unseen bottom.

There are four wells within walking distance of the spot where, Mr. Ouemdi says, he saw the two men led away nine years ago. He fears that their throats were cut and says any one of those wells could be their communal grave.

That is how Algeria's Islamic fighters did things back then: cutting throats kept the killing quiet; dumping bodies down wells saved time.

"There was no smell here," said a helpful farm worker who happened by, adding that a well a few hundred feet to the north smelled for months around that time.

But such searches are furtive, private affairs. Victims' families say the government does not help, and it even forbids such searches because it is reluctant to unearth skeletons that might excite dormant passions, reanimate a thirst for vengeance and, most important, throw light on the government's complicity.

"They don't want to open the graves because they risk opening graves in which they have buried bodies themselves," Mr. Merabet said.

The government only recently conceded that people were missing, having argued for years that they had joined the Islamists. Now it insists that the bodies are just too hard to find. The president, Abdelaziz Bouteflika, once berated a distraught mother by saying he did not have missing people in his pocket.

It is not only the pain of loss that families deal with. If they are unable to confirm a death, it is hard to collect pensions and benefits. Under an archaic family law, children cannot leave the country and girls cannot marry without the written consent of their fathers. If the fathers are missing, the children face maddening bureaucratic hurdles.

"The sons of these people who disappeared will grow up hating the government," said Redouane Boudjema, a human rights activist in Algiers.

Prime Minister Ahmed Ouyahia said families could appeal to the justice system, local police forces or a new government-sponsored human-rights observer if they thought they knew where the missing were buried. But many people scoff at that.

Mohamed Smain, a local representative of the Algerian League for the Defense of Human Rights, skitters down a hard hillside in the desert mountains 10 miles outside Relizane and points to a narrow ditch where water runs after the summer rains. It is dry and empty.

"That's where the bodies were buried," he says. "They're gone now."

Mr. Smain has struggled for years to get the government to investigate mass graves in the gulches and gullies in this remote area near a military camp. Local residents claim that a civilian militia used to bring suspected Islamist sympathizers to the camp for questioning and, often, execution.

Four years ago, he said, he found a mass grave with the help of a watchful shepherd and reported it to the local police. But the site was cleared and its existence was denied, he said. After he called in reporters and denounced the cover-up, he was convicted of reporting imaginary crimes and sentenced to a year in jail. He is free pending an appeal.

"My mistake is that I didn't have a camera with me that time," Mr. Smain said.

He came prepared the next time a shepherd led him to a grave. A videotape of the excavation shows Mr. Smain digging in the sunbaked earth, and shows parts of a skeleton and mud-caked green track pants and a soiled white robe, a djellaba.

He said he left the bones in place but took the clothes to Relizane and called together families of people who had disappeared. When Fatma Saidane saw the clothes, she knew immediately that they belonged to her husband, Abed.

Mr. Smain took the clothes to the police and reported his findings, confident that this time the government would not be able to deny the presence of a grave. They agreed to go with him to inspect the site the next day. But when he arrived at the police station for the rendezvous, the people in charge were not there. A day later they did make the trip, but all traces of the remains were gone.

He said he knew of a dozen other gravesites containing bodies from the 200 or more missing locally.

Prime Minister Ouyahia is skeptical of Mr. Smain's account, and he insisted in an interview that the government had no interest in protecting local officials or members of the government-armed militias that operated with impunity during the 1990's. He suggested that the tale might have been concocted to add grist to a local dispute.

But in places like Relizane, former officials still wield enormous power.

Sitting in his family's cool concrete home beside a bakery built by his father in Al Hmadna, Ahmed Saidane and his mother talked about the day in September 1996 when a Renault sedan and a small white van with French license plates pulled up across the street. Three men got out of the van, cocked their AK-47 assault rifles and told the elder Mr. Saidane to come with them. He never returned.

Ahmed Saidane said he knew the abductors. The men in the Renault included the mayor of Al Hmadna at the time, Abdelkader Mohamed, and one of his brothers, Hosine, according to Mr. Saidane. Those in the van were members of the local anti-Islamist militia, he added.

Mr. Saidane said his father was not an Islamist sympathizer. But several months before he was abducted, the elder Mr. Saidane filed a complaint against Abdelkader Mohamed for embezzling money meant for a community swimming pool.

Frustrated by the lack of action in Algeria, the family has brought criminal charges against the Mohamed brothers in France, where the family has long maintained a home. The two men were arrested in April in Nîmes, in southern France, and charged with torture and other crimes related to the elder Mr. Saidane's presumed murder.

"We're looking for the truth and are asking for justice," Ahmed Saidane said. "We want everything done by the rules."

Last year, Mr. Merabet and other advocates for the families in the Algerian diaspora visited Bosnia as guests of the International Commission for Missing Persons to watch forensic archaeologists exhume mass graves there. He was impressed by the care taken to preserve evidence that might prove valuable in later prosecutions.

But he fears the government does not want the world to hear the tales that the wells and graves of Algeria could tell.

He suspects that Mr. Oumedi, who laid down his arms as part of an amnesty for Islamists offered by the government four years ago, had a more direct hand in his brother's fate than he is willing to tell. But Mr. Merabet's frustration has shifted from the killers to the government and its unwillingness to help find his brothers' bodies.

"He has become my friend," he said of Mr. Oumedi, "but Bouteflika has become my enemy."

La «sale guerre» algérienne rebondit en France

Par José Garçon, Libération, 31 mars 2004

«... Ils ont pris la carte d'identité de mon père. C'était comme un arrêt de mort.» Un témoin dont le père a été enlevé «De toute façon, ton père (disparu, ndlr), c'est un terroriste...» Ce sont les années les plus noires et les plus sanglantes de la sale guerre qui ont fait irruption, lundi, dans les locaux de la police judiciaire de Nîmes. Face à face, quatre hommes : Houari Saïdane et Fethi Azzi, témoins et victimes, chacun, de l'enlèvement de leur père en Algérie par les deux autres, des miliciens installés en France depuis 1998 : les frères Abdelkader Mohamed et Hocine Adda Mohamed.

Accusés de «tortures, actes de barbarie et crimes contre l'humanité» par la Ligue des droits de l'homme et la FIDH, qui ont porté plainte contre eux en octobre 2003, les frères Mohamed ont été interpellés, lundi, à Nîmes, et placés en garde à vue sur ordre du juge d'instruction Gilles Jorda, a appris hier Libération. C'est une première en France, où jamais des hommes impliqués directement dans des tueries contre les civils en Algérie n'avaient été inquiétés. Les localiser dans l'Hexagone n'aura pas été facile : les frères Mohamed ont déménagé trois fois et tous leurs papiers administratifs bail, téléphone.. étaient au nom de leurs femmes. Et comment les reconnaître avec leurs dix kilos de plus et leur moustache rasée ? Un luxe de précautions qui s'explique aisément : Abdelkader et Adda n'étaient pas de simples «patriotes», comme les autorités et une partie de la presse algériennes aimaient appeler les miliciens, ces civils armés par l'Etat. Les frères Mohamed faisaient régner la terreur dans la préfecture de Relizane, où sévissaient six groupes de miliciens (450 hommes au total). Adda, lui, était présent dans toutes les exactions commises par Mohamed Fergane, le maire de cette ville de l'Ouest algérien. «Depuis que la milice de Fergane s'est mise "au travail", on tremblait toute la journée. Quand ils rentraient dans des magasins, il fallait leur donner ce qu'ils voulaient. Certains commerçants leur apportaient même des cadeaux sur le pas de la porte dès qu'ils les voyaient passer», raconte un témoin qui habitait, avec ses six frères et soeurs, un bidonville à 30 km de Relizane.

Enlevés. Le père du témoin a eu un jour un problème avec un voisin qui, pour son malheur, connaissait un milicien. «Le 8 avril 1995, ils sont venus en pleine nuit, ont éteint la lumière, encerclé la maison. Ils étaient quinze, trois en civil, les autres en tenue militaire avec des grenades. Mon père essayait de se barricader. Ils ont cassé la porte. Ils lui ont dit : "Tu es Mohamed ?" Parmi les deux miliciens que j'ai reconnus, il y avait l'un des frères Mohamed. Ils se sont mis à fouiller la maison. Ils cherchaient quelque chose à voler, mais chez nous il n'y a rien... Ils ont pris la carte d'identité de mon père. C'était comme un arrêt de mort.» Personne n'a jamais revu le père. Ni les sept autres personnes enlevées la même nuit. Le fils est allé à Oran pour porter plainte. «Je n'ai jamais trouvé personne pour m'écouter. Tous les jours, j'épie ceux qui ont tué mon père, je les vois partout.»

Relizane c'est, en ces années 1994-1997, plus d'une centaine d'exécutions sommaires, des dizaines de corps non identifiés enterrés sous «X de sexe masculin algérien», deux charniers découverts en 1998 et 200 disparitions. «Parmi ces disparus, note la plainte déposée au parquet de Nîmes, figurent des hommes de plus de 70 ans suspectés de fournir une assistance à des groupes terroristes.»

Cette logique prévalait dans tout le pays au cours d'années où un Premier ministre, Redha Malek, assenait sans sourciller : «La peur doit changer de camp»..Le pouvoir, conscient de l'insuffisance des effectifs militaires qui, jusqu'en 1994, menaient la lutte anti-islamiste, a commencé à armer massivement les civils. Objectif : quadriller un immense territoire et éviter le sale travail à l'armée (Libération du 14 mars 1997). Cette «privatisation de la guerre» a certes permis aux militaires de reprendre du terrain aux islamistes.

Seigneurs de guerre. Mais elle s'est aussi accompagnée de terribles dérapages. L'essentiel des tueries dans la plaine de la Mitidja (1996-1997) s'inscrit d'ailleurs dans l'impitoyable cycle vengeance-représailles qui a opposé miliciens et groupes armés islamistes. Et, dans ces massacres, les exactions des milices n'avaient rien à envier à celles des islamistes. Le recrutement des miliciens expliquait sans doute ces dérives. Si des hommes sincères ont pris les armes pour protéger leurs villages des islamistes armés, d'autres ont été enrôlés parce qu'étant des parents directs des victimes des GIA, ils étaient ani-

més d'un féroce désir de vengeance. D'autres enfin étaient purement et simplement des délinquants (Libération du 15 mars 1998). Les chefs miliciens se sont dès lors transformés en de petits seigneurs de guerre pillant, rackettant et terrorisant la population au prétexte qu'elle nourrissait des sympathies pour les islamistes. Au point que Hervé de Charette, alors ministre français des Affaires étrangères, avait admis que «les milices étaient un facteur de violence».

«Les milices, résume la plainte de la Ligue et de la FIDH, avaient droit de vie et de mort sur toute la population.» Portant d'horribles traces de torture, les corps des victimes d'exécutions sommaires en témoignent. Youcef Aoun, 30 ans et handicapé, a été arrêté chez lui le 23 mars 1995 par des miliciens dont les frères Mohamed. Il a été retrouvé mort le lendemain à cent mètres du poste de la garde communale de H'madna, à 20 km de Relizane. «Son corps et celui d'un voisin ont été jetés sur la route, raconte son frère. Il avait sur la poitrine une brûlure assez profonde de 20 cm de diamètre et avait la tête écrasée, certainement avec un étau.» Benyassed Assali a été arrêté, lui, le 2 mai 1995 par la milice de Jdouia et Abdelkader Mohamed. Retrouvé mort dans un champ d'oliviers. Avec, comme les autres victimes des milices et des frères Mohamed, des brûlures sur tout le corps.

Hier après-midi à Nîmes, Adda et Abdelkader Mohamed étaient entendus pour la première fois par le juge Jorda. Une audition de près de quatre heures dont on ignorait toujours l'issue, hier soir. Et donc le sort des frères Mohamed.

The French connection

by Gordon Campbell, New Zealand Listener, February 14-20 2004

Helen Clark has kept the Americans at arm's length over Iraq. So why is she now embracing the French over Ahmed Zaoui? How reliable is that evidence? Gordon Campbell talks to a former top Algerian counter-intelligence officer who reveals that he was personally involved in the campaign to discredit Zaoui.

If the French Security Service has furnished the SIS with its classified evidence against Ahmed Zaoui, then SIS director Richard Woods was our man in Paris at just the right time. Woods was New Zealand Ambassador to Paris between 1995 and 1999 – at the height of the conflict between France's client military regime in Algiers, and the Islamic opposition forces. The mid to late 1990s is also the key period in the SIS case against the Algerian refugee Ahmed Zaoui, over his alleged activities in Europe.

These coincidences raise unsettling questions. During his four-year stint in Paris, did Woods make contacts with the French secret service? Has the SIS perspective on Zaoui been skewed by the contacts made by Woods during his diplomatic posting? Once Zaoui arrived here, it is hard to believe that Woods would not have drawn on his formal and informal contacts in Paris for information. All in a day's work perhaps – but in the process, has the government been captured by perceptions fed to them by the French secret service? In the name of an independent foreign policy, the Clark government has kept the Americans at arm's length over Iraq – yet it seems more than willing to embrace the French over Algeria.

Relevant considerations, as we inch towards the review of the Zaoui case by SIS Inspector-General Laurie Greig. As Woods arrived in Paris in 1995, the most militant of the Islamic terrorist groups – the GIA – was rarely out of the headlines. Under its then-leader Djamel Zitouni, the GIA was responsible for several bloody massacres of Algerian citizens.

In addition, the GIA "kidnapped" a trio of French public servants in Algeria in 1993 – but this so-called "Thevenot affair" has since been revealed to be a fake kidnapping and rescue staged by the security services, designed to make the military regime look good and to inflame public opinion in France against the Islamists.

For similar reasons, the GIA hijacked an Air France plane in 1994, carried out a deadly series of bomb attacks within the Metro in Paris in 1995, and abducted and killed a group of seven French Trappist monks working in Algeria in 1996. All these incidents have since been found to have had either security services involvement or some degree of prior knowledge. Unfortunately for Zaoui, ever since he arrived in New Zealand he has been erroneously depicted by the police as a member of the GIA, and designated by the SIS as a threat to national security – and thus been kept in prison, for most of that time in solitary confinement.

Has the SIS the ability – or the sophistication – to adequately interpret the information it has been receiving from France? As the Refugee Status Appeals Authority patiently explained in its exhaustive decision last August, there was no evidence Zaoui had ever belonged to, or supported the GIA. In fact (see RSAA decision, p45), the GIA had effectively sentenced Zaoui to death in its "Burning Thunderbolts" communiqué of January 1996.

The details of French/Algerian collusion with the GIA are even more disturbing. It is not simply that Algerian death squads would impersonate the GIA and carry out massacres or create local militias – the so-called Patriotes – to do likewise. In recent years, firm evidence has begun to emerge from Algerian military sources and leading academics that the dreaded GIA has been – perhaps from the outset and certainly under Zitouni's bloody leadership – a dummy, or "screen" organisation managed by French/Algerian counter-intelligence.

Where was the terrorist threat in fact coming from, *Le Monde* asked rhetorically in November 2002, during its preview of a 90-minute Canal+ television documentary on the Metro bombings, and then cited the right-wing MP and former French counter-intelligence chief Alain Marsaud in reply. "State terrorism uses screen organisations," Marsaud said. "In this case [the GIA] a screen organisation in the hands of the Algerian security services ... it was a screen to hold France hostage

Two recent books by former Algerian military officers have given chapter and verse about the "turning" of the GIA. Last year, the feared Algerian general Khaled Nezzar sued one of the authors (Habib Souaïda) in a Paris court for libel – and lost, largely due to compelling testimony by the star witness, the former Algerian colonel Mohammed Samraoui.

The point being, Zaoui has been accused by New Zealand authorities of being a member and supporter of the GIA – when, in fact, it seems the relevant classified information has been fed to the SIS by the same security organisations that enabled the GIA to commit its most bloody exploits. In the High Court in December, Woods revealed that two out of three countries providing the SIS with classified information against Zaoui – Belgium and Switzerland – had agreed to publicly release this material, but a third (unnamed) country had refused. In context, this can only have been France.

Over recent weeks, I have conducted phone and email interviews with Samraoui – in French, via a translator – at his refuge in Germany, where he has been periodically under police protection after several assassination attempts. In great detail in his 316-page book (*Chronicle of the Years of Blood*, Denoel, 2003) and during our interviews, Samraoui explained how the GIA reign of terror became a weapon for destroying those who voted for the FIS (the Islamic political party that won the aborted 1991 elections) and a tool for those seeking to discredit Islam as a viable alternative within Algeria – with the bonus effect of fostering sympathy and political support for the Algerian regime back in France.

What did this strategy also entail? As the Arab writer Elie Chalala has pointed out (the *Humanist*, March 1999), the massacres displaced entire communities, and enabled the regime to confiscate fertile farm lands near Algiers for minimal compensation, and to onsell them at great profit.

Zitouni, a government agent from 1994 onwards, also killed many of the genuine Islamists within the GIA, as well as several leading members and supporters of the FIS. In fact, the statistical evidence – see pages 65-75 of the book *An Anatomy of the Massacres*, published by the Hoggar Research Institute – suggests that the highest proportion of massacre victims lived in areas that voted most heavily for Islamic politicians. This would suggest that Islamists were more often the victims, not the perpetrators, of the carnage.

Samraoui does not claim that all of the massacres were carried out by French/Algerian agents. His perspective on the Algerian tragedy is nuanced, and very well informed. He is not a small fish. A member of the Algerian ruling administration after the 1991 coup and during the subsequent period of crisis, Samraoui was deputy chief of the deadly Algerian counter-intelligence (the DRS) until he clashed with the regime over its crimes and excesses. He was shifted offshore, and became the regime's top counter-intelligence officer in Europe, operating out of the Algerian Embassy in Bonn.

Between 1992 and 1996, Samraoui was in charge of monitoring the activities of the entire FIS leadership (including Zaoui) in Europe – a crucial vantage point, given that the SIS has stated that its concerns about Zaoui relate exclusively to his activities during his exile in Europe.

To me, Samraoui listed the sort of activities he was engaged in during his posting: "Surveillance of the Algerian opposition outside Algeria, identifying and neutralising the channels used to supply arms to Algeria ... disseminating propaganda to develop political support, and corrupting journalists, businessmen and politicians with the aim of creating pro-Algerian lobby groups outside Algeria ..."

Algeria, he reminds me, was in crisis at the time. "We were in a civil war situation and, speaking personally, I sincerely believed that the foundations of the republican state were under threat from the Islamists. It was only over time that I became aware of the duplicity – and so, in order not to be an accomplice of the criminal generals ... I made the decision to desert from the army, in accordance with the urgings of my conscience and my moral values."

Ultimately – as he relates in his book – it was his fierce opposition to an assassination plot being mounted against the exiled FIS politicians Rabah Kebir and Sheikh Abdelbaki Sahraoui (who was killed) that led to his final split with the regime in 1996.

Did his surveillance indicate Zaoui was a terrorist, or that he harboured and abetted those committing terrorist acts? "No," Samraoui replies vehemently, "Ahmed Zaoui has never been a member of the GIA, or any armed group whatsoever. Ahmed Zaoui is even innocent of the crimes of which he was accused in Belgium and France." Later he explains that he was told this by a Belgian police officer whom he would be prepared to name when – as planned – he comes to New Zealand to testify before the Greig review.

Samraoui continues: "I am sure of this [Zaoui's innocence] because I was personally involved in the campaign launched against the Islamist leaders in Europe, of which Zaoui was one, in order to discredit them, and to obtain their extradition to Algeria." Not all of the FIS were so peaceable, he says. "There were leaders and sympathisers of the FIS who did encourage armed action and we know exactly who they are. Besides, it was in 1994 that the FIS set up a military branch, the AIS ... but I can assure you that Zaoui had nothing to do with this, because he was in the political wing."

So should New Zealand be healthily sceptical about information from France about Zaoui? Yes, Samraoui replies. "The New Zealand Government would be making a serious mistake if it bases its decision solely on the 'proof' supplied by the French." After all, he adds, the French have no capacity to gather intelligence of their own on the ground inside Algeria. "All their intelligence, all their information, all their evidence, has been supplied by the Algerian services [that] label all the opposition people 'terrorists' so as to eliminate the opposition and obtain their expulsion back to Algeria." Only days after the September 11 attacks, he adds, the Algerians supplied the Bush administration with 1000 names of its opponents overseas, accusing them of links to al-Qaeda.

But why target Zaoui? "What caused concern to the military regime in Algeria was that Ahmed Zaoui was politically active in Belgium, and that he was successful in mobilising sympathisers, and was able to increase international awareness of the dramatic situation in Algeria. The despotic generals did not like this. In addition Zaoui, who is deeply respected in Islamic circles for his wisdom, had taken an active part in the Sant Egidio negotiations [a peace conference held in Rome in late 1994] at which the Algerian military rejected any idea of peace and negotiation."

To date, the SIS has shown no awareness of the nuances of the Algerian situation. French neo-colonial self-interest extends well beyond the exploitation of Algeria's vast oil reserves. Many of the regime's leaders were trained by the French in the 1950s and fought the Algerian rebellion – with many joining the underground late in the game just before the independence victory was finally won in 1962. The subsequent bonds between the Francophone generals in Algiers and the security establishment in France are the product of decades of collusion and corruption – with these relationships operating at a level below, and sometimes in direct conflict with, the expressed policies of the French Government.

Yet as the RSAA says in its demolition job on the shoddy unclassified file of evidence against Zaoui provided by the SIS, there is no sign that our security services know any of this: "There is no hint of any familiarity with the extensive material which considers the probable infiltration of the GIA by Algerian military security, particularly during the 1994-98 period."

Like Zaoui, Samraoui knows what the Algerian regime has in mind for him. "I am a dead man," he said simply to a reporter in Paris last July, at the end of the Nezzar libel case. "I don't exist any more. I've sacrificed everything and my family lives very meagrely. But my conscience is clear ...". Although fatalistic, Samraoui does not intend to go meekly. "I take all the precautions," he told me, "to prevent the killer generals from finishing their dirty work. When you have survived several assassination attempts, there comes a time when you no longer fear death. And that's why I am fighting today for truth and justice, but also for peace in Algeria."

In itself, the Zaoui case is a personal tragedy – his treatment by New Zealand has been an added injustice to a man who has been persecuted for nigh on a decade. "He is not the only one in this position," Samraoui says. "There are hundreds of FIS activists who have had to flee from oppression, prison and death. The only thing they have done wrong is to have been democratically elected in December 1991."

In the wider context, the hapless Algerian has been the laboratory animal on which New Zealand has tested its system of national security – and so far the experiment has failed spectacularly. The tale of the police interrogator at Auckland airport who asked Zaoui if he was a GIA member and misheard his correction "FIS" (ef-ee-ess) as "yes" bears repetition. As the RSAA noted, Zaoui had arrived at noon after travelling for 48 hours, been kept waiting until after midnight and was then interviewed without an interpreter in a noisy arrival hall by an untrained officer who wrote down only Zaoui's "Yes" answers and not his "No" answers – and who then further misreported Zaoui's reply that he had fired "10 shots" of a Kalashnikov rifle in his life (during his military service when young) as a confession to having had "10 lessons" with the weapon.

Having royally screwed up this initial interrogation, the New Zealand authorities then included this GIA "confession" in its Interpol reports to 12 foreign countries, and included it in material supplied to the Refugee Status Board, which duly rejected his initial appeal for asylum. The same misinformation became the rationale for placing Zaoui in solitary confinement for 10 months in a maximum security prison. This occurred without anyone ever questioning why someone who had denied this alleged GIA link for over a decade in four different countries should suddenly "confess" the opposite.

The police/SIS then conducted a seven-hour joint interview that they videotaped without his knowledge or consent. In similar vein, the notorious "Police Threat Assessment" report of December

11, 2002, then treated Zaoui's human rights (to make his case for asylum) as a "risk" to be countered by decisive police action: "There is also a risk of him trying to instigate relationships in New Zealand to assist him in gaining legal residential status. There is also the political risk that he will try to gain some support by utilising the media." To minimise the "political risk" of Zaoui exercising his rights, the police advocated keeping a "total media ban" in place.

In recent weeks, Progressive Party MP Matt Robson has instigated inquiries to the Ombudsman and via the police complaints process into the various departments (Corrections, Customs, the Police) responsible for the initial mishandling of Zaoui. The point of retracing this litany of errors is because the abuse continues. Zaoui, at time of writing, is still in prison and Immigration Minister Lianne Dalziel confirmed on February 2 that he will stay there – for the foreseeable future, it seems. If the government was acting in good faith, the exhaustive RSAA decision last August gave it a perfect rationale for exercising its discretion to release Zaoui into more humane conditions months ago.

Instead, the Clark government has sought to distance itself from any responsibility, or power to act. "I think it's quite important to note," Clark said in mid January, "that the government is in many ways not in the loop on this." The sophistry here is quite incredible. Clark can hardly portray herself as a neutral bystander to the legal process now in train. She is, after all, the Minister of the SIS. It was her government's Attorney-General who actively opposed the High Court proceedings in December that ultimately wound up respecting a modicum of Zaoui's human rights and won him access to a summary of the classified evidence held against him. The government's aggression has now been compounded by its decision to appeal and seek to overturn the High Court findings.

Other Cabinet ministers are also putting their shoulders to the wheel. On December 16, Dalziel was asked by Green MP Keith Locke whether Zaoui would be transferred from prison into more humane conditions. Dalziel replied that her legal advice was that "such a transfer is not possible under section 114(0) of the Immigration Act" and perhaps assumed that no one would bother to look up the section in question.

In fact, the discretion seems to be right there in black and white. Section 114(0) subclause three states that a person subject to a warrant of commitment who succeeds in an appeal to the SIS Inspector-General "or if for any other reason the person is released ..." then the immigration authorities will notify the prison superintendent "or person in charge of the other premises in which the person is detained ..." (Emphases added.)

How can anyone read this section as leaving them no discretion to shift Zaoui out of prison? At any time since last August – after the RSAA comprehensively demolished the case against Zaoui – the government could have, and should have, ordered Zaoui's release from prison into the Mangere Accommodation Centre, while the Greig review ran its course. That would have been an utterly appropriate exercise of compassionate justice – and been some compensation for the added troubles heaped on Zaoui by a stream of bungling New Zealand officials. Given the performance to date, Nelson Mandela might have been unwise to have gone on the run from Robben Island, had he sought much help from the Clark government.

In the weeks ahead, the Crown Law Office intends to attack the High Court rulings on two fronts. Rather than ensure that Greig – an elderly retired judge operating with no staff – is given the research resources and help that he patently needs to do his job properly, the government has chosen to try to cut down his workload, at Zaoui's expense.

How so? The government also plans to challenge the High Court ruling that Greig must consider Zaoui's human rights in the course of his review, rather than leave that to ministerial discretion. In similar vein, the government will also be opposing the so-called "privative" aspects of the High Court decision, which gave Zaoui's lawyers their standing to challenge Greig's interim decision in the first place. If the Crown contests and wins on this privative point, it would void the entire High Court decision – and thus restore Greig's interim decision. This would deny Zaoui's right to a summary of the allegations against him, while not looking like a frontal attack on that point.

To many, the decision to play hardball indicates a government somewhat adrift from its moral bearings. At this rate, Samraoui will be lucky to get a visa to enter New Zealand to testify on Zaoui's behalf. Reportedly, Zaoui is in poor psychological shape. The government's decision to appeal the High Court decision only lends weight to the recent suggestion by Auckland University lecturer Paul Buchanan that a campaign of psychological pressure is being deliberately applied to Zaoui, in order to induce him to give up his quest for asylum here. That is torture. Even the French would know that.

More than one million internally displaced people ignored by the international community

The Global IDP Project, 05.03.04, <http://www.idpproject.org/>

A government decision to cancel elections in 1991 sparked off fighting between government forces and Islamist groups that ravaged Algeria throughout the 1990s. As government forces gained control in the major towns, armed attacks, massacres and large-scale human rights violations continued in rural areas, leading to massive displacement from the countryside to the outskirts of nearby cities. The precise number of Algerians displaced by the political violence is impossible to assess given the information void that has pervaded the conflict in Algeria since its onset. The European Union estimates that violence has displaced more than one million people, while others say the number is as high as 1.5 million. According to available sources, the large majority is still displaced. Despite government incentives, most are discouraged to return by the security situation and lack of basic infrastructure in their home villages. Internally displaced in Algeria have not received any international assistance as Algerian authorities have denied access to the affected population, nor have the UN and other international actors tried to address their situation. Local media have regularly documented the misery of the displaced and their precarious living conditions. It is high time that this issue be addressed in cooperation with the Algerian authorities in order to get an overview of the actual number and particular needs of the internally displaced population.

Background

The current violence in Algeria was triggered by an army-backed coup in December 1991 that blocked the electoral victory of the Islamic Salvation Front (FIS) over the National Liberation Front (FLN), the then ruling party and political heir of the Algerian revolution. An army-backed High Council of State headed by a FLN representative was set up in January 1992 and the FIS was dissolved during the following month. In response, the Islamic Salvation Army (AIS), an armed group affiliated to FIS, launched a violent campaign aimed at bringing down the new regime. Thousands of Algerians supported the opposition campaign, and violence quickly spread throughout the country. Between 1992 and 1998 Algeria was in a state of virtual civil war as fighting intensified between the military-backed regime and a number of, sometimes conflicting, factions that sprang up within the AIS (ICG 2000, UN January 2003).

This brutal conflict has claimed the lives of an estimated 100,000–200,000 people. A further 7,000 people arrested by security forces and their allies have "disappeared" and remain unaccounted for (EU 2002; HRW 2003; FIDH 17 March 2003). During the height of the crisis, some 1,200 people were reportedly killed each month, victims of barbarous massacres, indiscriminate armed attacks and assassinations (ICG October 2000 Executive Summary). The Islamic Armed Group (GIA), notorious for its brutality, was said to be responsible for the bulk of the violence (HRW 2000). However, government security forces were also to blame for direct abuses of human rights as well as the repeated failure to protect civilians from attacks (Martinez April 2003; Cohen 6 December 1999). Women were often the targets of this ruthless violence and faced abduction, slavery, rape and later execution (HRW 2000; HRW 2004). The activities of self-defense groups, legalised by a 1997 law, have also added to the insecurity as some of the leaders of these groups reportedly have evolved into local war lords, terrorising the population themselves. Between 150,000-200,000 people joined these militia groups and another 80,000 others were recruited as communal guards. They were all armed by the military (Sidhoum, December 2003).

The security situation in Algeria has improved considerably during recent years. The death toll due to the conflict was down to 1,100 people (900 according to official estimates) during 2003 and security has returned to the larger metropolitan centres (Middle East Online 19 December 2003; USDOS 27 February 2004). However, residual cells of the GIA and the Salafist Group for Preaching and Combat (GSPC) continued to terrorise the local population in the east and west of the country throughout 2002 (HRW 2003; AI 2003; Strategic Comments August 2003). Although more sporadic, there were also regular reports of attacks and intimidation by extremist groups during 2003 (e.g. *le Matin* 7 and 27 January 2003; Middle East Online 11 February 2004; *l'Expression* 31 March and 25 June 2003; BBC News 27 May 2003; *El Watan* 30 July 2003).

During recent years, violence has been worst in the Kabylie region to the east of Algiers, the hills around the Mitidja plain as well as the province of Medea to the south and southwest of Algiers, the provinces of Chlef and Aïn Defla in the west and the Batna and Jijel provinces in the east (UK Home Office, 1/2004).

Estimates of the number of armed extremists still active range from 650 (by the military) to 2,000-5,000 for the GSPC and from 70 (by the military) to several hundred for the GIA (Middle East Online 19 December 2003 and 11 February 2004; Strategic Comments August 2003). Dozens of members of armed groups who had surrendered to the authorities under the "Civil Concord", an amnesty for fighters who agreed to lay down arms by mid-January 2000, have reportedly rejoined armed groups (AI 2003).

A commission has been appointed to examine the case of the more than 7,000 who disappeared, but President Bouteflika's government has made little effort to seek justice for the thousands of victims of the conflict. Perpetrators of crimes, both members of government security forces and armed self-defense groups, continue to enjoy impunity (AI 28 November 2003; US DOS March 2003). The government has, despite mounting international and domestic pressure, so far refused to declare an end to the state of emergency that has been in place since 1992 (Reuters 15 February 2004). Also, there are speculations that violence will increase prior to presidential elections in April 2004.

Numbers and pattern of displacement

In recent years incidents of displacement have mainly been reported from rural areas where the local population has fled massacres, armed attacks and large-scale human rights violations. Threats and intimidation by local guerilla groups have also led many to leave their homes. Another direct cause of displacement has been the destruction and theft of crops and agricultural property by extremist groups. It was reported, for example, that such incidents led to massive population displacements near Relizane in July 2002 (*le Quotidien d'Oran* 31 July 2002).

Most of the displaced fled to the relative safety of nearby cities where they live with family and friends, or find refuge in shanty-towns, rather than live in camps or shelters. It is therefore very difficult to assess the actual number of displaced with any accuracy. There are no available estimates from international organisations because the Algerian authorities have denied access to the affected areas.

UNDP acknowledges a clear link between the violence and the aggravated rural exodus during the 1990s but makes no estimates, while the European Union, on the other hand, states that violence displaced over one million people. Several newspapers report massive displacement from rural areas because of the security situation, with one estimating that 1.5 million had fled as of the end of 2002. Another source estimates that more than 1.3 million people displaced by violence continue to live as internally displaced in the periphery of the big towns (*l'Expression* 18 November 2002; Martinez March 2003; EU Strategy 2002-2006, p.38; UNDP 2001, National Poverty Eradication Plan).

Disaggregated information found on this subject is fragmented and only gives a scattered image of the extent of the problem. Local media states that 300,000 live as internally displaced in the province of Medea, 125,000 in Jijel, 90,000 (15,000 families) in Chlef, 66,000 (11,000 families) in Aïn Defla, 30,000 in Tiaret, and 30,000 in Saïda. Also, tens of thousands fled the violence and took shelter in the outskirts of Oran (*Le soir d'Algerie* 11 September 2003; *El Watan* 4 August 2003; 20 November 2002; 12 November 2002; 6 August 2002; UNDP 2001-programme pilote-Oran 2001-2005). There is no information about the internally displaced in Algiers, although it is likely that many also moved to the outskirts of the capital city.

Internal displacement from rural areas over the last decade should be seen in the context of a more general urbanisation process where unemployment and poverty have led to widespread economic migration into towns. According to one newspaper, close to five million people left the countryside for urban areas between 1977 and 1998 (*le Matin* 8 September 2002).

Subsistence needs

Algeria is facing a range of more general economic and social problems which leave those internally displaced particularly vulnerable. The worst-hit regions suffer from unemployment rates of

over 35 per cent, widespread poverty, social exclusion and malnutrition. A massive influx of people fleeing armed attacks from extremist groups has added more pressure to the overall situation, and as a consequence living conditions have further deteriorated in the shanty-towns of the major urban centres. Several newspapers have documented the decline in urban living conditions describing the breakdown of sanitation systems, the lack of drinkable water, overcrowded households and insufficient schooling facilities. Added to this already desperate situation, many of the displaced also face psychological trauma (FIDH 2001; El Watan 12 November 2002; 23 September 2002; 6 August 2002; Tribune d'Algerie 20 January 2004; l'Expression 3 January 2004; 8 January 2004).

The enormous population movements in recent years led to an acute housing shortage in urban areas. According to UNDP, Algeria has one of the world's highest housing occupancy rates, and the government estimates that the country has an immediate shortfall of 1.5 million housing units (US DOS Bureau of Near Eastern Affairs November 2003). On several occasions, the housing shortage has pushed the authorities into relocating people due to construction projects. The affected families have in general been provided with alternative housing, while internally displaced have sometimes been expelled without receiving compensation. There are also cases where the authorities have destroyed the shantytowns where internally displaced have been living in order to make sure that the sites would not be re-occupied (El Watan 20 December 2003; le Quotidien d'Oran 21 November 2002).

Return

In general, the security situation in Algeria has so far not allowed for a mass return of the displaced population, since armed attacks and massacres are still occurring. People have also been discouraged from returning to their home villages because living conditions in the countryside can be even harder than in the town, with an absence of drinkable water, poor general infrastructure, as well as a lack of health facilities. Despite this situation, the government does encourage the return of the displaced to their home villages. The authorities have tried, for example, to re-populate villages by promising direct financial assistance to returnees as well as implementing programmes to rehabilitate houses, increase employment and revitalise the agricultural sector that suffered during the 1990s. Despite these intentions, the reality remains grim and effectively hampers sustainable return.

According to one source, between 50,000 and 170,000 internally displaced returned to their home areas between August to November 2002 (l'Expression, 19 August 2002). The only additional information found about large-scale return in the francophone media is an article about the return of 2,300 families to their province in December 2003 after numerous projects had been launched to improve the infrastructure in the worst affected communes (l'Expression 21 December 2003).

Access

Throughout the whole of the conflict, the Algerian government has heavily restricted and often censored information about human rights conditions (HRW 2000). For years, all major international human rights organisations have been prohibited from visiting the country. Though some agencies were finally permitted entry in 2000, the visit of the International Federation of Human Rights (FIDH), for one, was reportedly conducted under conditions of strict surveillance (FIDH July 2000). Requests by FIDH, Human Rights Watch, Amnesty International, the UN Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances and UN special rapporteurs have been refused. One encouraging development was the visit by the UN Special Rapporteur on Freedom of Religion or Belief in September 2002. ICRC has also carried out prison visits since 1999 (AI 2003; HRW 2003).

At the same time, the few domestic human rights NGOs working in Algeria have faced obstacles and restrictions in the conduct of their work (AI 8 November 2000). The US State Department reported that the authorities occasionally harass the human rights groups through surveillance and obstruction of communications. Moreover, domestic NGOs must be licensed by the government and are prohibited from receiving funding from abroad (US DOS 4 March 2002, sect.4).

International response

Overall, international reaction to the situation in Algeria has been one of cautious observation. The UN and individual states condemned the large-scale massacres of late 1997 and 1998 (Dammers 1998). For the most part, EU countries have kept their distance, avoiding involvement or attempts to

use its influence to direct events within Algeria (ICG 20 October 2000). The US has expressed concern about the human rights situation, while at the same time, remaining steadfastly committed to doing business in Algeria and supporting the authorities with military aid (HRW 2000; Arabic News.Com 28 October 2003; NYT 10 December 2002).

Although the local media has raised the problem of violence-induced internal displacement on several occasions, the plight of the internally displaced in Algeria has so far been largely ignored by international actors. Not a single document examined for this profile concerns the particular needs and rights of internally displaced. In its strategic document for cooperation with Algeria, the EU says that return of the displaced population is a prerequisite for the future development of the rural areas and foresees projects for the rehabilitation of areas affected by violence (EU 2002-2006, p.38). However, projects are still under negotiation with the Algerian authorities. UN information about the internal displacement situation in Algeria is strikingly absent although it should be noted that some planned UNDP activities are likely to benefit internally displaced (UNDP 2001-2005). It is high time that this issue be addressed in cooperation with the Algerian authorities in order to get an overview of the actual number and particular needs of the internally displaced population.

Displacement due to natural disasters

Algeria is also plagued by natural disasters which have displaced hundreds of thousands of people. In November 2001, devastating floods hit Algiers, killing more than 800 people, mostly in the capital's Bab El-Oued area. In May 2003, a strong earthquake with a magnitude of 6.8 struck the country and caused catastrophic damage in five provinces in the north-central section of Algeria. The province of Boumerdes and the eastern district of Algiers were most affected by the earthquake. Official figures put the number of casualties at 2,320 persons killed and 10,147 injured. Hundreds of thousands were left homeless (USDOS, Bureau of Near Eastern Affairs November 2003).

Algeria-Watch Infomappen

Infomappe 7

I. Zum 7. Jahrestag des Militärputsches in

Algerien: eine traurige Bilanz (algeria-watch)

II. Zu den Lageberichten des Auswärtigen Amtes

- ◆ Wenn das AA zum Sprachrohr der algerischen Regierung wird (aw)

III. DOSSIER "VERSCHWUNDENE" (algeria-watch)

IV. Freischein zum Töten

- ◆ "Warum ist Hamza tot ?" (Florence Aubenas)

Infomappe 8

I. Zu den Präsidentschaftswahlen vom 15. April 1999

- ◆ Wahl ohne Auswahl (algeria-watch)
- ◆ Ohne die Islamisten läuft nichts (KSA)
- ◆ Algeriens veränderter Neuanfang (NZZ)
- ◆ Eine Wahl für nichts (François Gèze)

II. Extralegale Tötungen

- ◆ Extralegale Tötungen (Bericht von algeria-watch)
- ◆ Bentalha: Autopsie eines Massakers (Temps Présent, TSR 1)
- ◆ Entführung und extralegale Tötung (Maître Mahfoud Khelili)

III.

- ◆ Presseerklärung von PRO ASYL zu Abschiebungen
- ◆ Operation Boudiaf (Mouvement Algérien des Officiers Libres)

Infomappe 9

I. Bouteflika als Friedensmacher?

- ◆ Frieden oder Befriedung? (algeria-watch)
- ◆ Fragiler Prozeß unter Aufsicht (J. Garçon, Libération)

II. Justiz und Krieg

- ◆ Frieden oder Befriedung? (algeria-watch)
- ◆ Die algerische Justiz im Dienste des Krieges (algeria-watch)
- ◆ Concorde civile interne et crimes universels (Ibrahim Taha)
- ◆ Loi sur le rétablissement de la concorde civile (Documentation)

III. Abschiebungen und Spione

- ◆ BGS überläßt "schmutzige" Arbeit der algerischen Polizei (aw)
- ◆ Das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Algerien muß annulliert werden! (PRO ASYL / algeria-watch)
- ◆ Eine Spionageaffäre mit Konsequenzen (algeria-watch)

IV. Bericht über die Folter

- ◆ FAILURE TO PROTECT: Survivors of torture from Algeria (Medical Foundation)

Infomappe 10

I. Zur politischen Lage

- ◆ Algerien nach dem Referendum (algeria-watch)
- ◆ Bouteflikas verordneter Frieden (NZZ)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Concorde civile et interprétations (Quotidien d'Oran)
- ◆ Lourde menace contre les défenseurs des droits de l'Homme (SNAA)
- ◆ Kafkaesker Prozeß in Algerien (Libération)
- ◆ Apropos Terrorismus (Zeugenaussage eines Polizeioffiziers)

III. Flüchtlinge

- ◆ Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtling: keine Rechtfertigung!
- ◆ Abschiebung ins Ungewisse (algeria-watch)

Infomappe 11

I. Zur politischen Lage

- ◆ Algerien: Keine Entwarnung ! (algeria-watch)
- ◆ Chronologie des Grauens (algeria-watch)

- ◆ Wer hat Abdelkader Hachani getötet? (algeria-watch)
- ◆ Algerien auf dem Weg zum Frieden? (Werner Ruf)
- ◆ "Das Präsidialamt ist ein Anhängsel des Verteidigungsministeriums" (I. Addi)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ "Das Gesetz zur zivilen Eintracht führt nicht zur Versöhnung" (Interview mit RA M. Tahri)
- ◆ Eine Untersuchung der Massaker in Algerien (Noam Chomsky)
- ◆ Rezension: Eine Untersuchung der Massaker in Algerien (aw)
- ◆ APPELL - Die anhaltenden, von den Medien verschwiegenen Massaker zwingen uns, eine internationale Untersuchungskommission zu fordern
- ◆ Erklärung des Internationalen Komitees für den Frieden, die Menschenrechte und die Demokratie in Algerien (CIPA)

III. Dokumentation

Infomappe 12

I. Ein Jahr Bouteflika (algeria-watch)

II. Dossier "Verschwundene" (algeria-watch)

- ◆ Tot oder lebendig: wo sind die "Verschwundenen"
- ◆ Fälle von "Verschwundenen" (aw)

III. Dokumentation

- ◆ Information, mystification et diwan des généraux (El Hadi Chalabi)
- ◆ 1999 Country Reports on Human Rights Practices (US Department of State)

Infomappe 13-14

I. Blutiger Frieden (algeria-watch)

- ◆ 1000 morts depuis la trêve du 13 janvier (Le Monde)
- ◆ Britains plans Argerian arms deal despite ethical policy (Times Newspapers)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Vérité, Justice: entendre les victimes (FIDH)
- ◆ Peace must be built on ruth and Justice (AI)
- ◆ Interview avec Ali Yahia Abdennour (LADDH)
- ◆ Le témoignage d'un ancien officier algérien: "on était des sauvages"

III. Dokumente / Analysen

- ◆ L'Algérie, les Etats-Unis et la France
- ◆ Mémorandum à l'intention du gouvernement algérien (AI)
- ◆ Regimes of (Un)Truth (The Economist)
- ◆ Economie algérienne: enjeux et perspectives (S. Goumeziane)

Infomappe 15

I. Zur politischen Lage

- ◆ Massaker im Namen der Versöhnung? (algeria-watch)
- ◆ Bouteflika, die Armee und die nationale Versöhnung
- ◆ Ein Spezialist beschuldigt das Militär der Counter-Guerilla

II. Menschenrechtsverletzungen (algeria-watch)

- ◆ Soll die Hachani-Affäre ad acta gelegt werden?
- ◆ Wer hat Lounes Matoub getötet?

III. Dokumentation

- ◆ Wenn's um Algerien geht, geben die alten Klischees immer noch was her!
 - ◆ Chronik eines angekündigten Massakers Wer tötete in Bentalha?
 - ◆ Erinnerung ohne Reue (Folter während Befreiungskrieges)
- Die algerische Krise: kein Ende in Sicht (Bericht ICG)

algeria-watch Infomappen

Infomappe 16

I. Unruhen in der Kabylei

- ◆ Ein Massaker für den nächsten Putsch
- ◆ Berber laufen Sturm gegen Algier
- ◆ The Kabyle Riots: Repression and Alienation in Algeria

II. Enthüllungen

- ◆ Schmutziger Krieg gegen das eigene Volk
- ◆ „Alle ausrotten, die Islamisten helfen“
- ◆ Europe blind eye to Algeria's dirty war
- ◆ Preface to „the dirty war“ bei Habb Souaidia (F. Imposimato)
- ◆ Algerian General accused of torture escapes Investigation

III. Internationale Reaktionen

IV. Menschenrechtsverletzungen

V. Generäle einst und heute

- ◆ General Nezzar greift an
- ◆ Mörders Memoiren (zum Buch von General Aussareses)

Infomappe 17

I. Unruhen in Algerien

- ◆ Algerien im Griff des Militärs.
- ◆ Europa und die Unruhen in Algerien Kriminelle Gleichgültigkeit
- ◆ "Les germes d'une guerre civile sont là..."

II. Internationale Reaktionen

III. Menschenrechtsverletzungen

IV. Dokumentation

- ◆ Demonstration anlässlich der Todestage von Naimah Hadjar und Aamir Ageeb
- ◆ Der schmutzige Krieg in Algerien
- ◆ Memorandum du FFS : " Pour une transition démocratique "
- ◆ Document confidentiel de l'armée algérienne

Infomappe 18-19

I. Zum 10. Jahrestag des Putsches

- ◆ AW: Eine erschreckende Bilanz der Menschenrechtslage
- ◆ Algerien nach dem 11. September: Und wo bleiben die Menschenrechte?
- ◆ Mohamed Harbi : " C'est un coup d'Etat qui s'est donné des apparences légales "
- ◆ L. Addi: Comme le dit M. Harbi, les Etats ont une armée, en Algérie, l'armée a son Etat "

II. Unwetter und Unruhen in Algerien

- ◆ Interview de Ahmed Djeddaï (FFS) : "Les archs servent les desseins du pouvoir"
- ◆ Die Aufstände in der Kabylei weiten sich in ganz Algerien aus
- ◆ "Ein Gendarm spuckte auf den Toten", Aufstand in Algerie
- ◆ Dernier rapport de la Commission nationale d'enquête sur les événements de Kabylie

III Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Director of a daily newspaper questioned over armed forces caricatureJournalist questioned over article about the armed forces
- ◆ Algeria: Relatives of the "disappeared" violently dispersed
- ◆ A propos de la condamnation de Mohamed Hadj Smain
- ◆ Les droits de Homme malmenés en Algérie

IV Der „schmutzige Krieg“

- ◆ Die algerischen Militärs lassen Zivilisten ermorden und schieben den Islamisten die Tat in die Schuhe
- ◆ Escadrons de la mort: l'aveu de Zeroual
- ◆ Les révélations du colonel Mohamed Samraoui de la DRS à Al Jazeera
- ◆ Les révélations d'un déserteurs de la S.M.

Infomappe 20-21

I. Die Junta vor Gericht

- ◆ Ein Prozessbericht
- ◆ Zwanzig Jahre Knast für ein Buch
- ◆ Témoignage du Capitaine Ahmed Chouchen

II. Parlamentswahlen vom 30. Mai 2002

III Assoziierungsabkommen EU / Algerien

IV Der „schmutzige Krieg“

- ◆ The horrors of war aren't over yet

- ◆ Algeria: Army chief of staff says this is "my last post"
- ◆ Le pôle démocratique a disparu
- ◆ Congrès du FIS à Bruxelles
- ◆ Ce qu'ils ont fait de nous
- ◆ La presse et son nombril
- ◆ Françalgérie : sang, intox et corruption

Infomappe 22

I. Neue Enthüllungen

- ◆ Abdelkader Tigha, Ex-Geheimdienstmitarbeiter, packt aus
- ◆ Wer tötete die Mönche von Tibhirin?

II. Die Anschläge in Paris von 1995

- ◆ Un documentaire revient sur la thèse de la manipulation des islamistes par l'armée algérienne
- ◆ Les groupes islamistes de l'armée algérienne: le voile se déchire

III Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Drohungen gegenüber M. Sidhoum und seiner Familie
- ◆ Enlèvements et disparitions Forcées
- ◆ Un journaliste agressé décède après une tentative de suicide
- ◆ Cas d'appel sur la torture : Brahim Ladada et Abdelkrim Khider
- ◆ Aucun survivant parmi les disparus de la "sale guerre"

Infomappe 23

I. Bericht zur Menschenrechtslage 2002

II. Die Anschläge in Paris von 1995

- ◆ GIA. Bewaffnete islamische gruppen im Dienste der algerischen Sécurité militaire?

III Verschwundene in Algerien

- ◆ « Une Amnestie est inéluctable »
- ◆ Ces Algériens disparus : un dossier explosif

IV Chirac in Algerien

- ◆ Algeria Led World in Forced Disappearances
- ◆ Jaques Chirac strebt die versöhnung mit Algerien an
- ◆ Neue freunde im Maghreb
- ◆ Nachruf : Mahmoud Khelili, Menschenrechtsanwalt

Infomappe 24

I. Politische Lage

- ◆ Entlassung von Abbassi Madani und Ali Benhadj vor dem Hintergrund der Machtkämpfe innerhalb des Machtapparates
- ◆ Machtkampf in Algerien: Generäle bereiten die Ablösung des Präsidenten vor
- ◆ Algeria's ashes

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Salah-Eddine Sidhoum - ein Opfer staatlicher Verfolgung
- ◆ Die Familien der Verschwundenen machen mobil
- ◆ Algeria accused of killing thousands in secret war

III. Erdbeben und Unruhen

IV. Entführungen in der Sahara

- ◆ Entführungen in der Sahara: Fragen und Hypothesen

Infomappe 25-26

Die Mordmaschine:

ein Bericht über Folter, geheime Haftzentren und Befehlsstrukturen

I. Politische Lage

- ◆ Präsidentschaftswahlen in Algerien: Die Junta und die französisch-amerikanischen Rivalitäten

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Salah-Eddine Sidhoum ist frei
- ◆ Strafanzeigen gegen Algeriens Generäle
- ◆ Proteste nach der Gründungs der staatlichen ad-hoc-Kommission zur Frage der "Verschwundenen"
- ◆ LADDH: Communiqué à propos de la commission ad-hoc
- ◆ AI: New „disappearances“ mechanism must lead to full investigations
- ◆ Human rights campaigner tells of finding mass grave
- ◆ Massive Einschränkungen der Pressefreiheit
- ◆ Meldungen

IV. Enthüllungen

- ◆ DRS, GIA und Straflosigkeit

algeria-watch

Postfach 360 164, 10997 Berlin

Fon+Fax: (089) 14 88 28 11 22

E-Mail: algeria-watch@gmx.net - Im Internet: www.algeria-watch.org